Nicht rede-aber fehde wider die sozialdemokr...

Albrecht Boguslawski

Digitized by Google

Ger 2395.36.11

Harvard College Library

FROM THE
J. HUNTINGTON WOLCOTT
FUND

GIVEN BY ROGER WOLCOTT [CLASS OF 1870] IN MEMORY OF HIS FATHER FOR THE "PURCHASE OF BOOKS OF PERMANENT VALUE, THE PREFERENCE TO BE GIVEN TO WORKS OF HISTORY, POLITICAL ECONOMY AND SOCIOLOGY"

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Part

Nicht Rede — aber Fehde

wider die Sozialdemokratie.

Von

A. v. Boguslawski.

So gewiß der Staat Macht ist, so gewiß bleibt die Schwäche, und selbst die wohlmeinendste, unter allen politischen Sünden die schwerste.
Treitschke.

Berlin.
Hermann Walther Verlagsbuchhandlung G. m. b. H.
1904.

Digitized by Google

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf., G. m. b. H., Stuttgart und Berlin.

Aus der preussischen

Hof- und diplomatischen Gesellschaft.

Herausgegeben von

A. v. Boguslawski,

Generalleutnant z. D.

1. **Aus der preussischen Hofgesellschaft. 1822—1826.**

2. **Ernestine von Wildenbruch. 1805—1858.**

Mit zwei Porträts.

Geheftet M. 5.— In Leinenband M. 6.—

Zu beziehen durch die meisten Buchhandlungen.

Hermann Walther Verlagsbuchhandlung G. m. b. H. in Berlin.

Blum, Dr. Hans, **Vorkämpfer der Deutschen Einheit.** Lebens- und Charakterbilder. 19 Bogen gr. 8⁰. Mit 14 Porträts . . M. 5,—, geb. M. 6,—.

Graeser, Kurt, Landesrat, **Für den Zweikampf.** Eine Studie. 72 Seiten gr. 8⁰. Mit einem dreifarbigen Umschlagbild . . . . . . M. 2,—.

Handbuch, Konservatives. Dritte umgearbeitete und vermehrte Auflage. Bearbeitet und herausgegeben von Angehörigen beider konservativen Parteien . . . . M. 3,—, geb. M. 3,50.

Hoensbroech, Graf Paul von, **Der Ultramontanismus, sein Wesen und seine Bekämpfung.** Ein kirchenpolitisches Handbuch. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. XXVIII und 471 Seiten 8⁰ . . . . . M. 6,—, geb. M. 7,—.

Hoensbroech, Graf Paul von, **Der Toleranzantrag des Zentrums im Lichte der Toleranz der römisch-katholischen Kirche.** Dritte Auflage. 81 Seiten 8⁰ . . . . M. 1,50.

Schweinitz, Hans-Hermann Graf von, **Zum Fideikommisswesen der Gegenwart und Zukunft.** Eine Betrachtung zu dem vorläufigen Entwurf eines Gesetzes über Familien-Fideikommisse. 128 Seiten 8⁰ . . . . M. 2,50.

Digitized by Google

Nicht Rede — aber Fehde

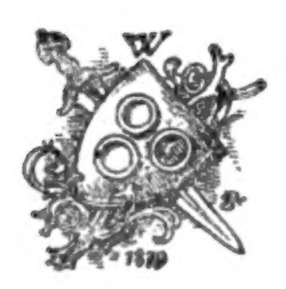
wider die Sozialdemokratie.

Von

A. v. Boguslawski.

8364

> So gewiß der Staat Macht ist, so gewiß bleibt die Schwäche, und selbst die wohlmeinendste, unter allen politischen Sünden die schwerste.
>
> Treitschke.



Berlin.
Hermann Walther Verlagsbuchhandlung G. m. b. H.
1904.

Digitized by Google

Ger 2395.36.11

HARVARD COLLEGE
MAY 9 1921
LIBRARY
Wolcott fund

Digitized by Google

Vorwort.

Ebensowenig wie meine 1895 erschienene Schrift „Vollkampf nicht Scheinkampf" beschäftigt sich diese mit Widerlegung der sozialistischen Lehren. Sie betrachtet vielmehr nur die innerpolitische Lage und die Zustände, wie sie sich durch die revolutionäre Tätigkeit und den Terrorismus der Sozialdemokratie entwickelt haben, und befürwortet die Notwendigkeit, den Kampf gegen sie auf andre Weise zu führen wie bisher.

Digitized by Google

Inhalts-Verzeichnis.

		Seite
Vorwort.		
I.	Die Niederlage der Sozialdemokratie im Reichstage. Dezember 1902	7—9
II.	Der Fall Krupp	9—11
III.	Die Parteien und die Regierung Anfang 1903	11—16
IV.	Das Verhalten der Sozialdemokratie seit 1890	16—25
V.	Die Mauserungsideologen und Mitläufer der Sozialdemokratie	25—32
VI.	Die Wahlen zum Reichstage 1903	32—36
VII.	Vom Heere	36—66
VIII.	Der Dresdener Parteitag und seine Folgen	66—80
IX.	Was kann geschehen?	81—84
Ein Ausblick		84—87
Schluß		87
Nachtrag		87

Digitized by Google

I.

Die Niederlage der Sozialdemokratie im Reichstage. Dezember 1902.

Das Zolltarifgesetz war vorgelegt. Für die Manchester-Liberalen und die gesamte bürgerliche Demokratie war Graf Bülow auf einmal der Förderer und Bereicherer des „Junkertums", der „Herren von und zu"; die Sozialdemokratie aber erhob das verstärkte Brotwuchergeschrei und versprach im voraus, den Tarif zu Fall zu bringen, und zwar setzte Bebel in Hamburg auseinander, daß dies unter allen Umständen geschehen solle, und wenn auch zu den 1200 Paragraphen 1000 Anträge zur Erörterung gestellt werden müßten.

So begann denn die Beratung im Reichstage. Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit durch Verlassen des Saales, Stellung der lächerlichsten Amendements; Dauerreden, wobei sogar die Fenster des Saales gezählt wurden, Lärmszenen aller Art sollten die Verschleppung und endliche Nichterledigung des Gesetzes herbeiführen. Dieses herrliche Verfahren, das auf eine Vergewaltigung der Mehrheit durch die Minderheit hinausläuft und somit eine vollständige Vernichtung des demokratischen Prinzips im Parlamentarismus bedeutet, heißt bekanntlich in der neueren parlamentarischen Sprache die Obstruktion.

Viele Wochen hindurch ließ sich die Mehrheit diesen Unfug ruhig gefallen. Anträge zur Beschleunigung der Abstimmung, auf die wir hier nicht näher eingehen, mußten ihren Zweck unter diesen Umständen verfehlen. Nicht zu übergehen ist hierbei, daß die Mehrheit des öfteren durch starke Abwesenheit ihrer Mit-

Digitized by Google

glieder die von der Sozialdemokratie herbeigewünschte Beschlußunfähigkeit ermöglichte, aber auch ohne jene Pflichtvergessenheit hätte sich die Lage nicht wesentlich geändert. Die Obstruktion der Sozialdemokratie, unterstützt von der „Freisinnigen Vereinigung", hätte durch künstliche Verschleppung eine sachgemäße Beratung in der dem Reichstage zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich gemacht.

Da endlich ermannte sich die Mehrheit, des gegnerischen Gaukelspiels und revolutionärer Frechheit müde, und brachte den Antrag Kardorff ein, der auf eine En bloc-Annahme des Tarifgesetzes hinauslief und durch die Geschäftsordnung begründet werden konnte. Die sozialdemokratische Fraktion war mit ihren Mitläufern anfangs über diesen unerwarteten Schlag vollständig starr. Dann erhob sie ein Wutgeschrei der empörendsten Art, in dem den Gegnern die gröbsten Beschimpfungen entgegengeschleudert wurden.

Die Gesetzlichkeit der Antragstellung wurde nun angefochten, und es entbrannte ein bisher unerhörter parlamentarischer Kampf, in dem die Sozialdemokratie allen Ingrimm über den unerwarteten Widerstand, alle Wut über verletzten Größenwahn in denkbar rohester und niedrigster Weise ausspritzte. Die jedes öffentlichen Anstandsgefühls bare Gesinnung vieler Abgeordneten, die schamlose Verachtung jeder Autorität, auch der des selbstgewählten Präsidenten, trat jedermann deutlich vor Augen. So besonders, als einer der Führer der Sozialdemokratie auf den Stufen der Tribüne, die Hände in den Hosentaschen, dem Präsidenten den Gehorsam verweigerte, von der Sitzung ausgeschlossen, den Saal nicht verließ und dazu nicht gezwungen werden konnte, weil dem Präsidenten des deutschen Reichtages, ungleich denen des französischen und englischen Parlaments, die Macht fehlt, seinen Anordnungen Gehorsam zu verschaffen. Aber dennoch — ungeachtet des Niederschreiens der Gegner durch das Ausstoßen einzelner Worte, welche auf dem Theater hinter den Kulissen das Branden empörter Volksmassen markieren — ungeachtet der Beschimpfungen der Mehrheit, zahlloser Amendements zur Geschäftsordnung und vielstündlicher Dauerreden erlitt die Sozialdemokratie in jener denkwürdigen Dezembernacht eine vollständige Niederlage.

Digitized by Google

Das Tarifgesetz wurde angenommen. Die bürgerlichen Parteien hatten ihre Kraft gezeigt und der Tyrannei der Frechheit die Wege gewiesen. Hierin, nicht in der Aussicht, nunmehr auf dieser Basis zu neuen Handelsverträgen zu gelangen, lag der größte Vorteil dieser Aktion.

Die doktrinäre Verranntheit eines Teils der liberalen Presse, sogar der nationalliberalen, zeigte sich sogleich darin, daß sie gegen das Auftreten der Mehrheit, die aus den Konservativen, mit Ausnahme der extremen Agrarier, den Freikonservativen, den Nationalliberalen und dem Zentrum bestand, Partei nahm und ihre Aktion als einen „parlamentarischen Staatsstreich" betrachtete. Von den Blättern der freisinnigen Partei und der noch weiter linksstehenden Parteien, die stets mit der Sozialdemokratie liebäugeln, verstand sich dies von selbst. Dies gebot ihnen allerdings ihre absolute Gegnerschaft gegen den Zolltarif, aber von einem Tadel gegen das Auftreten der Sozialdemokratie und der Verleugnung des Prinzips, durch welches der Parlamentarismus ganz allein Atem und Lebenskraft nimmt, war, mit Ausnahme der Haltung des Abgeordneten Richter, nicht die leiseste Spur zu entdecken.

Die Herzen aller Anhänger der Monarchie und der gesellschaftlichen Ordnung wurden nun von der Hoffnung erfüllt, daß endlich die Mehrheit der Nation aus eigner Kraft zur scharfen Bekämpfung des Todfeindes und jener Ideologen schreiten würde, die ihn durch geistigen Kampf und fortwährende Konzessionen besiegen oder in die Arme der staatserhaltenden Parteien zurückführen wollen.

Es war ein Moment, aber er ist ungenützt vorüber gegangen. —

II.

Der Fall Krupp.

Neben der gröblichen und schamlosesten Verhetzung der Klassen hat die Sozialdemokratie von jeher dahin gewirkt, durch

frechste Verleumdung die ihr besonders im Wege stehenden Männer unschädlich zu machen. Solche Männer sind vor Allem die Inhaber großer industrieller Werke, die durch gute Behandlung und Versorgung ihrer Beamten und Arbeiter, ausreichende Löhnung, Pensionen, gute Wohnungen, gemeinnützige Anstalten aller Art für Gesundheit und geistige Nahrung unter dem Personal ihrer Werke aufrichtige Zufriedenheit hergestellt haben, somit sozialdemokratischer Wühlerei den Boden entziehen; unter diesen Bedingungen aber auch strenge Disziplin beanspruchen und keine sozialdemokratische Agitation dulden. Sie tragen dem trefflichen englischen Spruch: „My house is my castle" damit Rechnung. Es giebt keinen berechtigteren Standpunkt. Krupp war ein solcher nützlicher Bürger. — Darum fort mit ihm durch ehrenrührige Beleidigung und Verleumdung! — Inmitten des Verlaufs dieses hervorgerufenen Skandals starb Krupp plötzlich. Dies veranlaßte überall eine der Sozialdemokratie sehr ungünstige Bewegung. Mochte nun die unmittelbare Ursache seines Todes sein, welche sie wolle, man sagte mit vollem Recht, daß der Mann in den Tod gehetzt worden sei. Die Verleumdungsklage war gegen den „Vorwärts" erhoben, der, wohl im Bewußtsein der üblen Lage, in die er sich versetzt sah, die leere Ausrede gebraucht hatte, er habe nur den Anstoß zur Beseitignng des Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches mit Aufrollung dieser Sache anstreben wollen. Höchst lächerlich fürwahr! Die dort bezeichnete Straftat ist also in den Augen des „Vorwärts" garnicht strafenswert. Wie konnte er dann aber Krupp ein Verbrechen daraus machen? Die Sozialdemokratie betrachtet doch durchaus nicht Alles als Verbrechen, was gegen den Wortlaut des Gesetzes verstößt. Da aber hörte man nach dem Tode Krupps plötzlich mit großem Erstaunen, daß die Klage zurückgezogen worden sei. Dies gab nun den Sozialdemokraten wieder Oberwasser, und auch viele ihrer Gegner meinten nunmehr, es müsse an den Beschuldigungen doch wohl etwas Wahres sein. Aber selbst wenn das der Fall gewesen wäre, — wofür kein Beweis erbracht, und woran ich nicht glaube — so bleibt es dieselbe Niederträchtigkeit einen Mann nur deshalb, weil er politisch der Sozialdemokratie im Wege steht, zu beleidigen und

Digitized by Google

zu denunzieren. Und dies tut eine Partei, die jeden Prozeß gegen einen Sozialdemokraten als einen schnöden Mißbrauch der Macht bezeichnet und den Bestraften als einen Märtyrer hinstellt.

Eine solche Handlungsweise kann nur aus einer Gesinnung entspringen, der jedes Mittel recht ist, um den politischen Gegner zu verderben. Und vollkommen berechtigt war man daher, diese Leute mit dem Namen zu bezeichnen, den sie verdienen.

III.

Die Parteien und die Regierung Anfang 1903.

Was wäre nach dem Beispiel der Mehrheit im Dezember 1902 das Naturgemäße gewesen, welches war der klar vorgezeichnete Weg für ihre Parteien? Man hatte vereint gesiegt, also vereint bleiben. —

Keineswegs war damit gesagt, daß von einem Ausgleich der Gegensätze zwischen dem Zentrum, den Liberalen und Konservativen u. s. w. die Rede sein könne. Wenn sie aber einen richtigen Begriff von der Gefahr hatten, welche dem nationalen Staat und der Gesellschaftsordnung von der Sozialdemokratie droht, so mußte eine Treuga Dei, ein Gottesfriede auf Zeit geschlossen werden für den Wahlkampf. Was aber sehen wir? Abgesehen von der Freisinnigen Vereinigung, die in der Obstruktion mit der Sozialdemokratie gegangen war, wären Freisinnige und süddeutsche Demokraten freilich für ein solches Bündnis nicht zu haben gewesen. Aber auch in den Parteien der Mehrheit wurde nicht einmal ein Ansatz dazu gemacht.

Ganz, im Gegenteil gründete man sofort einen antiultramontanen Wahlverein. Die extremen Agrarier, die in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit im Reichstage nicht mit der Majorität gegangen waren, vefehmten den Abgeordneten Kardorff und

Digitized by Google

strebten danach, der Konservativen Herr zu werden; die Nationalliberalen waren in sich gespalten, genug ein Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien fand nur in den seltensten Fällen zum bevorstehenden Wahlkampfe statt. Professoren und Philosophen rieten zum Kampfe gegen die Agrarier, in denen der gefährlichste Feind zu erblicken sei, indem sie durch künstliche Zukunftsberechnungen zu beweisen suchten, daß die Regierung bei der Vorlage neuer Handelsverträge möglicherweise sogar in die Lage versetzt werden könne, sich auf die Sozialdemokratie stützen zu müssen. Nachher komme eben eine neue Militärvorlage, und dann, ja dann stelle sich die alte Freundschaft und Gegnerschaft im Reichstage von selbst wieder her. Als dann die Wahlen ein für die Sozialdemokratie sehr günstiges Ergebnis hatten und die Agrarier gänzlich durchfielen, riet abermals ein Gelehrter: nunmehr gehe es in den Stichwahlen gegen die Sozialdemokratie. Als ob sich mit den Volksleidenschaften und mit Meinungen wie mit Bällen spielen ließe! —

Es ist uns so gut bewußt wie anderen Leuten, welche Schwierigkeiten es in den verschiedenen Teilen Deutschlands gehabt hätte, z. B. Zentrum und Nationalliberale zum gemeinschaftlichen Kampfe zu vereinen, unter allen Umständen aber konnte diese Parole für die Wahlen ausgegeben werden, und sie wäre in vielen Gegenden doch von Erfolg gewesen. In konkreten, einzelnen Fällen, sagen wir z. B. bei dem unglaublichen Auftreten des Bischofs Korum, mußte der Kampf natürlich fortdauern. Dasselbe konnte aus lokalen Gründen der Fall sein.

Aeußere und innere Politik sind allerdings verschiedene Dinge, aber ein Vergleich kann immerhin erlaubt sein. So hatte Bismarck ganz sicherlich eine Auseinandersetzung mit Oesterreich, sei es durch die Waffen oder vielleicht auch auf friedlichem Wege (doch auf diesem schwerlich!), stets im Auge gehabt. Dennoch verstand er diese Auseinandersetzung hinauszuschieben und verbündete sich 1864 mit Oesterreich gegen Dänemarck, gegen den Feind, mit dem die Abrechnung drängte — und die mit der Sozialdemokratie drängt jetzt viel mehr als die damalige mit Dänemarck.

Digitized by Google

Wer sollte nun die Parole zum gemeinschaftlichen Kampfe ausgeben?

Wir haben es immer für unrichtig gehalten, vorschnelle Urteile über die Politik der Regierung — insbesondere in der äußeren — abzugeben, weil immer noch Beweggründe und Ursachen im Hintergrunde stehen können, die man nicht zu übersehen vermag. Möglich, daß das auch jetzt in der innern der Fall ist.

Was man aber an Tatsachen, Ursachen und Wirkungen deutlich erkennen kann, das zu beurteilen, muß gestattet sein. — Die Regierung, und nur diese, konnte diese Parole mit Erfolg ausgeben. Indem sie sich entschlossen an die Spitze der Mehrheit stellte, hätte sie ja sogar ganz nach dem konstitutionellen Prinzip verfahren. Einige fortreißende bestimmte Worte des Reichskanzler im Reichstage hätten die Richtung der Politik feststellen, der Mehrheit den Impuls zum Kampfe mit vereinten Kräften geben können. Es geschah nicht, vielmehr durchwehte die Aeußerungen der Regierung in diesen Angelegenheiten eine recht kühle Luft. Die vom Regierungstisch in den Debatten des Reichstages Anfang 1903 gesprochenen Worte waren selbstverständlich alle recht vernünftig, widerlegend, überzeugend, aber man überzeuge doch jemanden, dem absolut nichts daran liegen kann, überzeugt zu werden. Und daß die Sozialdemokratie am allerweitesten von allen Parteien davon entfernt ist, darüber besteht überhaupt kein Zweifel. Es waren eben keine Kampfworte. Der Sozialdemokratie zu sagen, sie solle anders sprechen, schreiben und sich liebenswürdiger verhalten, dann könne man mit ihr verhandeln, hat, einer durchaus revolutionären Partei gegenüber, keinen Zweck, die dann ganz sicherlich zur Gewalt greifen wird, sobald der ihr passend erscheinende Moment gekommen ist.

Anstatt der gehofften Kampferklärung trat die Regierung mit dem „Klosetgesetz“, und der Rückberufung der Jesuiten hervor. Warum das erstere, darüber ist man noch immer nicht ganz im Klaren, umsomehr, als ein Drängen nach größerer Geheimhaltung der Wahl in diesem Moment garnicht stattfand.

Digitized by Google

Es giebt mehrere Versionen über die Beweggründe der Regierung. Wir gehen nicht auf sie ein. Jedenfalls vollzog sich ohne zwingende Veranlassung ein weiterer Schritt zu Gunsten einer alten Forderung der Linksparteien, der seinen etwa gehofften Erfolg gänzlich verfehlte.

Die projektierte Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes aber warf ein neues Streitobjekt unter die Ordnungsparteien und trug zu deren Zersplitterung ebenfalls bei. Die Regierung hat dann vor der sich kundgebenden Meinung eines sehr großen Teils der protestantischen Bevölkerung und sogar deren kirchlichen Organen, ferner der Stimmung mehrerer Bundesregierungen Halt machen müssen, und das Gesetz ist vorläufig nicht geändert.

Dazwischen lief nun der Fall Korum. Die Regierung konnte zu dieser unglaublichen priesterlichen Anmaßung nicht schweigen. Sie schlug aber nicht den gesetzlich zulässigen Weg eines direkten Einschreitens gegen den Bischof ein, sondern wandte sich an den Papst, durch dessen Vermittlung der Bischof genötigt wurde, die von den Kanzeln aus verkündete Verfügung, daß die katholischen Eltern ihre Kinder nicht in die staatliche Töchterschule zu Trier, bei Vermeidung kirchlicher Strafen, schicken sollten, zurückzunehmen.

Dieser Sieg war also nicht durch staatliche Kraft, sondern durch eine Anweisung des Papstes erfochten. Indes kann man damit in einem Augenblick, in dem große, schwierige Aufgaben (Handelsverträge, neues Militärpensionsgesetz, Reichsfinanzreform u. s. w.) der Lösung harren, nicht rechten. Ein direktes Einschreiten gegen den Bischof hätte wahrscheinlich einen Kulturkampf hervorgerufen, der in diesem Moment taktisch nicht an der Stelle war. — Die aus dem Falle Korum und den Verhältnissen in Posen zu ziehende Folgerung scheint uns zu sein: Man mache nicht erklärte Polen oder elsässische Französlinge zu Bischöfen.

Zu den Elementen der Zersplitterung kam noch die sogenannte „Reichsverdrossenheit“. Sie ist ein ganz unklares Ding und setzt sich zusammen aus sehr verschiedenen Elementen, aus partikularistischen, demokratischen, extrem agrarischen Anschau-

Digitized by Google

ungen, denen allerdings nicht durch die jetzige Politik und durch keine deutsche Politik genügt werden kann.

Sie eifert dort gegen „Weltmachtpolitik", dort gegen „Militarismus und Marinismus", dort gegen Ueberhandnehmen des Preußentums — was der allergrößte Irrtum und Unsinn ist —, dort gegen angebliche Schlaffheit der Regierung und dort gegen persönliches Regiment — genug, die „Reichsverdrossenheit" zeigt, daß wir Deutsche noch immer in den Kinderschuhen stecken.

Einen weiteren Anteil an der „Reichsverdrossenheit" hat aber ohne allen Zweifel der rednerische Zug, der durch ganz Deutschland weht. Es ist ja klar, daß man nicht Zeiten großer Taten gewaltsam heraufbeschwören kann, und daß man die Periode eines Wilhelms I., Bismarcks und Moltkes nicht in Vergleich stellen soll mit Zeiten, in denen gerade der Antrieb zu solchen Taten fehlt. Wer diese Zeit mit ihren Donnerschlägen mit der jetzigen vergleicht und darans nun auf die Kleinheit der Gegenwart schließen will, der allerdings denkt nicht logisch. Jetzt walten eben andere Bestrebungen, sind uns andere Ziele gesteckt, wie damals. Woran wir uns aber immer ein Beispiel nehmen können, das ist das Verhalten jener Männer, und da finden wir denn, daß ihre Taten ihren Worten gewöhnlich vorangingen, wenn sie aber vorher sprachen, daß sie dann auch genau wußten, was sie wollten, die ins Spiel kommenden Kräfte genau abgewogen hatten, und das, was sie gesagt hatten, auch ausführten, durchsetzten. Jede Exaltation des Ausdrucks lag ihnen fern, und wenn einmal ein Donnerwort, wie das von „Blut und Eisen", die Welt in Staunen setzte, so war es nur der Vorläufer des konsequenten Tuns.

Nicht, als ob nicht im Einzelnen des öfteren ein Paktieren stattgefunden hätte — der Kompromiß ist ja, nach Bismarck, eine Bedingung verfassungsmäßigen Lebens — aber im Ganzen und Großen kann man diese Männer und ihr Tun immerhin mit den Worten charakterisieren: Agere, non loqui!

Alle diese Dinge aber trugen nun dazu bei, die Ordnungsparteien zu zersplittern, sie zum Wahlkampfe untüchtig zu machen.

Digitized by Google

Der Furor teutonicus, der die Deutschen im Kampfe gegen den äußeren Feind von jeher so furchtbar gemacht hatte, kehrte sich wieder einmal gegen sich selbst. — Keine Parole, kein Sammelpunkt, nicht eine Spur von Einigkeit — so gingen die Ordnungsparteien gegen die best organisierteste, kräftigste, jüngste Partei in den Kampf, die jemals in Europa existiert hat, und die nach Rache für ihre Niederlage dürstete.

IV.

Die Agitation der sozialdemokratischen Partei seit 1890.

Seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 hat die Sozialdemokratie stetig an Boden gewonnen. Betreffend das Verhalten derselben verweisen wir auf unsere 1895 in unserer Schrift „Vollkampf nicht Scheinkampf"*) S. 13 und folgende gegebene Schilderung. Ergänzend für die neueste Zeit fügen wir hinzu.

Der Erfolg der Sozialdemokratie beruht auf der grundlegenden Parole: Krieg gegen den Besitz, die ihre Wirksamkeit bei den Massen nie verfehlt; ferner in der Anwendung der skurpellosesten Mittel im politischen Kampfe: Verhetzung der Klassen, Verhimmelung des „vierten Standes" und Heruntersetzung aller anderen, Verleumdung der entgegenstehenden Parteien und Persönlichkeiten, Geringschätzung des Eides, Untergrabung jeder staatlichen Autorität und jedes religiösen Gedankens, Herabziehung des monarchischen Prinzips und der Träger der Kronen selbst; Schmähung jedes politischen Aktes der Regierung, sei es welcher es wolle, und endlich auf einem jetzt schon ausgeübten Terrorismus ohne Gleichen, eines Terro-

*) Liebelt'sche Verlagshandlung, Berlin

Digitized by Google

rismus, für den in einem geordneten Staatswesen ganz bestimmt kein Beispiel zu finden ist und kein Raum sein müßte.

Der Zweck ist einfach: ôte-toi que je m'y mette! d. h. die Herrschaft des vierten Standes, aber — unter der Führung gewissenloser, machtgieriger Demagogen.

Die Organisation der Partei ist eine geradezu bewundernswerte. Abgesehen vom Wahlkampfe, den anberaumten Versammlungen, der Parteileitung, ihrer Beamten und angelernten Agitatoren, ihrer unglaublich verbreiteten Presse, tritt dies bei besonderen Gelegenheiten in scharfen Umrissen hervor. So z. B. beim Begräbnis von Liebknecht. Der Aufmarsch der Hunderttausende, das Einfädeln der einzelnen Kolonnen in die Hauptkolonne waren derart geregelt, daß es dem preußischen Generalstabe Ehre gemacht haben würde. Dazu kam die schärfste Disziplin, die durch zahlreiche Ordner mit roter Binde aufrecht erhalten wurde, denn es ist eine der zahllosen Schwächen der Behörden, daß sie die Anlegung revolutionärer Abzeichen duldet. Dadurch wird der Menge handgreiflich eine andere Autorität als die staatliche vor Augen geführt. Und glaubt man, daß diese Autorität, diese Organisation, wenn einst die Stunde der Revolution geschlagen haben wird, nicht auch ihren Dienst leisten werden? Wie der Arbeiter willig seine Steuern von seinem schwer erworbenen Lohn für die sozialdemokratische Parteikasse allwöchentlich oder zweiwöchentlich in die Hände der Beauftragten liefert, so wird er auch einst pünktlichen Gehorsam dem Rufe der Führer leisten, wenn sie die Armee genug unterwühlt glauben, um einen Schlag wagen zu können. Die Sozialdemokratie gewinnt ihre Leute mit der Fata morgana eines besseren irdischen Daseins, ihres Zukunftsstaates, — von dem sie aber nie sagt, wie sie ihn zu erbauen gedenkt —; wenn das aber nicht hilft, so muß der Widerstrebende durch Hohn, Spott, Boykottierung, oder Verdrängung aus der Arbeit zum Eintritt in die Organisation der sozialdemokratischen Verbände gezwungen werden, wie hunderttausende solcher Fälle beweisen. Der Mann wird mürbe — er giebt nach. „Was soll ich machen? Ich will mein Brot nicht verlieren.“ Und ist er einmal „organisiert“, so weiß er, daß er

Digitized by Google

einer mächtigen Partei angehört, in der er seinen Halt findet. Er besucht die Versammlungen, und das fortwährende Anhören der revolutionären Reden und die Versicherungen, daß Alles im jetzigen Staate grundfaul und schlecht sei, die Verdrehung der politischen und geschichtlichen Tatsachen, die er nicht zu würdigen und zu beurteilen versteht, reißen die vaterländischen, monarchischen und religiösen Gefühle allmählich aus seinem Herzen. Er ist Sozialdemokrat und denkt: was mir geschehen, kann ich auch anderen zeigen. Um die Organisierten kontrollieren zu können, erhalten sie ein Buch, in dem die eingelieferten Beiträge verzeichnet stehen, um sich damit als Organisierte ausweisen zu können. Solche Akte der Autorität üben die Leitung und ihre Organe aus! Ist es ein Wunder, wenn der Arbeiter sie zum mindesten der Staatsbehörde ganz gleich setzt? Es ist Pflicht der Regierung, jeden Deutschen vor solcher Vergewaltigung zu schützen.

Ein mit allem Eifer benutztes Mittel der Sozialdemokratie wurde insbesondere im letzten Jahrzehnt die Geschichtsfälschung. Hierbei zeigt sie eine so schandbare Gesinnung, daß sie die der Jakobiner in der Schreckenszeit weit übertrifft. Wenn diese auch die Könige für Tyrannen erklärten, so ist es ihnen doch nicht eingefallen, die großen Männer der Vergangenheit, z. B. einen Heinrich IV., Richelieu u. s. w., derart in den Staub zu ziehen, wie die Sozialdemokratie es mit allen unseren Heroen, einem Friedrich II., Wilhelm I., Bismarck, macht. Nicht nur diese und sämtliche Hohenzollern, sondern auch die vaterländische Ueberlieferung, das geheiligte Andenken an große Zeiten sollen im Herzen der Jugend vernichtet werden. Die „sogenannten“ Befreiungskriege sind ein Werk der „Junker.“ — An dem Geschlecht der Hohenzollern vor allem wird nicht ein gutes Haar gelassen. Sehr natürlich für eine Partei, die mit Lüge und Fälschung arbeitet, denn die Monarchie der Hohenzollern ist die festeste Stütze des monarchischen Prinzips in Europa. Diesen Fels gilt es zu sprengen. Die Hauptlüge, die stets wiederkehrt, ist die Behauptung, die Hohenzollern, selbst der große Kurfürst und Friedrich II., hätten vor dem „Junkertum gekuscht.“

Digitized by Google

Hier ein Beispiel für viele. Unter der Ueberschrift „Königstreue Junker“ tadelt der Verfasser eines „geschichtlichen“ Artikels in der Beilage des Vorwärts, daß die märkischen Stände öfter den Kurfürsten die geforderten Gelder verweigert hätten. Das mag in vielen Fällen vielleicht sehr unrichtig gewesen sein, aber wie sonderbar nimmt sich das im Munde der Sozialdemokratie aus, die jedes Jahr das gesamte Reichsbudget verweigert, die sich bei dem Angriff Frankreichs 1870 der Abstimmung enthielt, als die Kriegskosten zur Verteidigung des Vaterlandes bewilligt werden sollten, die im Dezember desselben Jahres die Mittel zur Weiterführung des Krieges rundweg verweigerte. Damals waren 2 bis 3 Sozialisten im Reichstage. Man male sich aus, was jetzt im Kriegsfalle geschehen könnte, wo es einige achtzig sind, die 3 Millionen verhetzte Männer hinter sich haben. Der Artikelschreiber spricht nun von der „höfischen Geschichtsschreibung“ die dem Unfug des Adels unter dem so „getauften“ Großen Kurfürsten ein Ende gemacht habe.

Die Hohenzollern sollen dem „früher bockbeinigen Junkertum echte Königstreue eingeimpft haben.“ Das sei aber weder dem Großen Kurfürsten, noch seinen Nachfolgern gelungen. Friedrich II. habe es in einem „Augenblick königlichen Größenwahns“ versucht, sei aber in der „demütigsten“ Form vor den pommerschen Ständen „zu Kreuz gekrochen.“ So spricht man von dem „ersten Diener des Staates“, zu dem ganz Europa bewundernd aufsah. In Wahrheit hatten die Stände gegen eine Verordnung des Königs Einsprache erhoben, welcher der König nachgab, da er sich von dem Recht der Stände überzeugt hatte. — Und welche Sorte von Einsprache erheben jetzt die Sozialdemokraten gegen die monarchische Gewalt und Regierung? — Im Uebrigen waren es gerade diese Stände, die sich durch freiwillige Errichtung einer Landmiliz im siebenjährigen Kriege hervortaten. Weiter wird die große und ewig heilige Epoche der Erhebung des Vaterlandes gegen die fremde Herrschaft folgendermaßen geschildert:

„1812 war schon klar, daß für die Junker das Vaterland verteidigenswert bleiben werde, und so waren sie gesonnen,

Digitized by Google

die Katastrophe der großen Armee in Rußland zur Vertreibung der Franzosen aus dem Junkerparadies zu benutzen. Dagegen war aber König Friedrich Wilhelm III. nicht im mindesten gewillt, gegen seinen Verbündeten Napoleon loszuschlagen; es fehlte ihm sowohl an Lust wie an Mut. Früher wurde die Legende kolportiert, der König habe in jenen Tagen ein diplomatisches „Doppelspiel" getrieben; seine fortgesetzten Freundschaftsbeteuerungen gegenüber Napoleon seien bloße Heuchelei gewesen. Eine solche verschmitzte Taktik ging aber weit über Friedrich Wilhelms beschränkten Horizont hinaus. Es ist längst festgestellt, daß der König, ebenso wie er Yorks eigenmächtige Verbrüderung mit den Russen aufs schärfste gemißbilligt hat, auch nachher gegen seinen Willen, gewaltsam, durch revolutionäre Maßregeln der Junker in den Krieg mit Frankreich hineingezwungen worden ist. Generale und Beamte, alles handelte auf eigne Faust und gegen seine ausdrücklichen Befehle. Ein wohlunterrichteter Diplomat schrieb damals folgendes: „Wenn der König zögert, die ihm von der Nation zur Verfügung gestellten Mittel anzuwenden oder auch nur die Anstrengungen Rußlands zur Herstellung der Monarchie zu unterstützen, halte ich eine Revolution für unausbleiblich, und wahrscheinlich wird dann die Armee mit ihrem Beispiel vorangehen und das Signal geben." Der Junker- und Militärrevolution ist damals, soweit sie nicht ohnehin Tatsache war, allein dadurch vorgebeugt worden, daß der König sich schweren Herzens in das Unabänderliche schickte." So klärt die Sozialdemokratie das Volk auf. —

Aber freilich, was kann diesen Leuten, in denen das antinationale Element das große Wort führt, preußische und deutsche Ueberlieferung vaterländischer Tat, was kann ihm die Liebe zum Heldentum, die Freude an der Waffe, am Heere sein? Sie gerade gilt es zu untergraben. Der Größenwahn dieser sich untereinander beschimpfenden Menschen parodiert sich allerdings selbst, wenn sie das Andenken eines Fichte entweihen durch den Titel „Bebels Reden an die deutsche Nation."

Von 1848 wird im obenbezeichneten Artikel gesagt: „Im hellsten Licht aber strahlt die Königstreue des preußischen Adels

Digitized by Google

im tollen Jahre, nachdem die Berliner Arbeiter die Garde aus Berlin hinausgeworfen haben, da König Friedrich Wilhelm IV. die feierlichsten Versicherungen eingegangen ist, dem Volke sein Recht werden zu lassen." — Die Mär, daß die Aufständischen 1848 am 18. und 19. März die Truppen geschlagen hätten, wird jetzt so oft wiederholt, daß man deutlich die Absicht durchschaut, durch diese Lüge den revolutionären Elementen, in Voraussicht eines unausbleiblichen Zusammenstoßes — unausbleiblich, wenn es so weiter geht — Mut zum Kampfe einzuflößen.

Die Wahrheit ist sehr bekanntlich, daß Friedrich Wilhelm IV. auf Bitte damaliger Vermittler (die heutigen Mauserungsillusionisten sind ihre Nachkommen) nach dem Siege der Truppen die Räumung der Straßen befahl, daß sie infolge eines anderen Befehls — von dem heute noch nicht festgestellt ist, wer ihn eigentlich gab — auch das Schloß räumten, in welches die Aufrührer — entgegen den feierlichen Versprechungen jener Vermittler — eindrangen und die bewußte Leichenszene aufführten, die nur mit Vorgängen der französischen Revolution verglichen werden kann.

Sodann werden die Bemühungen Bismarck's, den ohne allen Zweifel seiner Freiheit und Selbstbestimmung beraubten König in Berlin zu befreien, als revolutionäres Verhalten gebrandmarkt. Der König habe sich auch wieder sehr bald aus dem Schutz seiner Bürger in den der Junker begeben und hätte nie mehr gegen den Stachel gelöckt. „Es möchte ihm auch schlecht bekommen sein, die Interessen der Junker im Stiche zu lassen. Sie hätten dann sicher in die Welt hinausposaunt, daß der König nicht so recht bei Verstand sei, um ihn zu stürzen. So aber hielten sie ihn, im klaren Bewußtsein, daß er geistesgestört sei, auf dem Thron, um, durch das Gottesgnadentum gedeckt, das Land zu regieren." In diesem Ton werden die damaligen Verhältnisse weiter besprochen.

Die vaterlandsverräterische Infamie, dem Fürsten Bismarck die Urheberschaft des Krieges von 1870/71 zuschanzen zu wollen, ist schon so oft beleuchtet und widerlegt worden, daß wir hier nicht näher darauf eingehen wollen. Tatsache ist, daß die Ab-

machungen zwischen Napoleon III., Oesterreich und Italien darauf hinausliefen, den Krieg 1871 zu eröffnen. Gelogen ist, daß Bismarck die von Abecken abgefaßte Depesche aus Ems dem Sinne nach gefälscht hat. Er hat sie dem Wortlaut nach gekürzt und sie sodann, in richtiger Erkenntnis der Lage, in die Welt geschickt. Welcher englische, französische oder italienische Sozialist würde es wohl fertig bekommen haben, sein Vaterland, dem frivolsten Angriff gegenüber, öffentlich und grundlos ins Unrecht zu setzen? Diese ewige Schmach war den deutschen Sozialisten vorbehalten. Die vaterlandverräterische Begeiferung der Taten der Kriege Wilhelms I. gehört zum Handwerk der Sozialdemokratie. —

So schreibt die Berliner Volkstribüne am 15. 5. 1891:

„Die Emser Depesche eine Fälschung! Es schwindelt Einen, wenn man sich das ausmalt: auf einem Verbrechen ruht das Deutsche Reich, ein Verbrecher ist der deutsche Nationalheros, ein gemeiner Fälscher, der unter gewöhnlichen Verhältnissen mit Zuchthaus bestraft würde, der Begründer des Deutschen Reichs!

„Früher, als Bismarck noch im Regiment war, haben wir wohl manchmal gewünscht, diesen Menschen am Galgen enden zu sehen. Aber was wäre das für eine Strafe! Es gibt eine bessere Strafe für ihn: Mit dem Brandmal des Verbrechers gezeichnet, soll seine blutbefleckte Gestalt durch das Andenken der zukünftigen Geschlechter gehen! So lange es eine Geschichte gibt, soll man seinen fluchwürdigen Namen nennen, wie man die Namen von Judas Ischarioth, Caligula, Borgia und anderer Ungeheuer nennt."

Der Vorstand des Vereins den Industriellen in Köln beschloß den Arbeitern unter Vergütung des Tagelohnes am Sedan-Tage frei zu geben. Der „Vorwärts" schrieb:

„Patriotische Kapitalisten beabsichtigen, in inniger, aufrichtiger Liebe zu diesem Staate, den heiligen Sedan diesmal ganz besonders umfassend zu begehen. Sie wollen, wie aus ihren Organen herauszulesen, möglichst unter „Kontraktbruch", wie sie es bei der Maifeier nennen, und unter Einbehaltung des Arbeitslohnes für diesen Tag, ihre

Digitized by Google

Arbeiter in mordspatriotische Feier hineinpeitschen, damit dem erhabenen Gedenktage des großen Schlachtens auf keinen Fall der volksthümlichste Charakter fehle. Wo ist der Mann unter dem deutschen Industrieproletariat, der solcher frechen Betätigung des Mordpatriotismus nicht hohnlachend und mit Ekel erfüllt gegenüberstände? Wo ist der Hanswurst unter den Ausgebeuteten, der sich, ohne Ingrimm im Herzen, durch Beteiligung an solcher Feier entehrte? Welcher klassenbewußte Arbeiter in deutschen Landen reichte im Anblick des mordpatriotischen Geheuls nicht mit doppelter Innigkeit seinen französischen Brüdern und Leidensgefährten die Hand, eingedenk der erzenen Losungsworte, vor denen die Bourgeoisie der ganzen Welt erblaßt, als vor einem Menetekel: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

Welcher Engländer würde wohl Aehnliches wie die sozialdemokratischen Urteile über die China-Expedition zu schreiben wagen, es als Wahnwitz und Verbrechen hinstellen, daß Deutschland, im Anschluß an andere Mächte, Vergeltung für das verletzte Völkerrecht und vergossene Blut seines Vertreters forderte — welcher Nicht-Deutsche würde sich dazu hergeben, „Hunnenbriefe“ anzufertigen und die deutsche Waffenehre zu beschimpfen?

Alle diese Schmach häuft die Sozialdemokratie auf unseren Namen, sie beschimpft den Großen Kaiser und den Eisernen Kanzler, die das Reich gründeten, die dem Volke die Rechte gaben, die es ausübt, im Grabe. Für sie ist jeder Fabrikbesitzer, jeder Arbeitgeber ein Ausbeuter, der Bürger, der das Seinige zusammenhält, der sparende Arbeiter, ein Cretin — und diese Partei erhält 3 Millionen Stimmen!

Diese Partei, die so gern noch die Achtundvierziger feiert als die ihren, weiß sie, wie der Wahlspruch der Demokratie früher lautete? „Das Herz der Demokratie ist dort, wo die Fahnen des Vaterlandes wehen!“ Und nun blicke man auf die Gegenwart!

Für die Afterweisheit der leitenden Führer ist überhaupt die ganze Geschichte nichts wie eine fortlaufende Kette von Ungeheuerlichkeiten und Verbrechen. Nimmt man an, daß es Sozialdemokraten gibt, die daran wirklich glauben, so hat der

sozialistische Größenwahn, den wir so eben erst die herrlichsten Blüten in Dresden haben treiben sehen, die Fähigkeit gänzlich erstickt, sich in die Anschauungen anderer Zeiten zu versetzen, diese zu beurteilen und daraus richtige Folgerungen zu ziehen. Sie messen Alles mit dem Maßstabe des sozialistischen Dogmas, und infolgedessen beginnt alle und jede Staatsweisheit überhaupt erst mit ihrem Auftreten, in Deutschland allenfalls mit Lassalle, Marx, Engels, hauptsächlich aber mit Bebel und Liebknecht. Einen großen Teil der Führer jedoch können wir unmöglich für stupide halten. Aber es gilt den Massen Sand in die Augen zu streuen, die Brücken hinter ihnen abzubrechen, und darum macht sich dieser Teil der bewußten Lüge und Fälschung schuldig. —

In den sozialdemokratischen Kalendern werden die geschichtlichen Daten unserer Ruhmestage durch die Daten der Ermordung der Monarchen und Staatoberhäupter und der Hinrichtung oder Bestrafung der sozialistischen Verbrecher, die zu Märtyrern gemacht werden, ersetzt.

Wenn Arbeitswillige bei Streikes an der Arbeit gehindert, wenn sie gemißhandelt und zu Boden geschlagen werden, wenn das Hausrecht frech verletzt wird, liberale Wahlversammlungen gesprengt werden, den Sicherheitsbeamten oder dem Militär Widerstand geleistet wird, und dann die Gerichte Recht sprechen, so ist das eine verabscheuungswürdige Klassenjustiz. Nun, wie die revolutionären Tribunale zu urteilen pflegen, haben wir von 1792 bis 1794 in Frankreich gesehen, auch das Erschießen der Geiseln durch die Kommune in Paris — die Bebel 1871 im Reichstage nur als „ein leichtes Vorpostengefecht“ bezeichnete, — und die, nach ihm, während sie Paris beherrschte, mit großer Mäßigung verfuhr, ist lehrreich. Kann man nach den fanatischen Aeußerungen eines Bebel und Kautski zu urteilen und vor Allem nach der Stimmung der aufgehetzten und fanatisierten Massen annehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie es anders machen würde? Der Terrorismus steht ihr auf der Stirn geschrieben, sie würde die Buchstaben sehr bald rot anstreichen. Jetzt aber werden die verhängten Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen addiert, und damit dann das nötige

Digitized by Google

Gruseln und der vorschriftsmäßige Entrüstungssturm hervorgerufen.

Endlich muß noch der Korruption aller Begriffe von Anstand, Ehre und Treue gedacht werden, die in der Veröffentlichung geheimer und anderer Schriftstücke liegt, die den sozialdemokratischen Zeitungen durch infamen Vertrauensbruch „auf den Redaktionstisch fliegen", und des Gebrauches, den der „Vorwärts" und andere Journale davon machen. Diese Judasse, die den Namen eines Deutschen entehren, würden, wenn ermittelt und bestraft, von der Sozialdemokratie als Märtyrer gefeiert werden. Die Verleumdungs- und Hetzmanie der Sozialdemokratie zeigte sich am deutlichsten in dem sogenannten Kaiserinselprozeß, der sich allerdings zu einem großen Reinfall für den „Vorwärts" gestaltete, indem sich ergab, daß die lächerliche Denunziation von der Erbauung eines Schlosses als Zufluchtsort für das Königliche Haus auf der Insel Pichelswerder auf einem Zettel ohne Unterschrift, der an eine unbekannte dritte Person gerichtet war, basierte, daß aber, wie gewöhnlich, dieser Wisch nicht vorgelegt werden konnte, auch über die Person des Zusenders die Auskunft verweigert wurde. Auch hieraus geht die Absicht hervor, den zukünftigen Revolutionskämpfern den Gedanken einzuflößen, daß man sich einer sozialdemokratischen Bewegung gegenüber schwächlich verhalten würde.

V.

Die Mauserungsideologen und die Mitläufer der Sozialdemokratie.

Nachdem die großen nationalen Kämpfe, die zur Herstellung eines deutschen Reiches und eines italienischen Einheitsstaates führten, ausgefochten waren, wandte sich die wissenschaftliche Untersuchung mit erneutem Eifer, im Einklang mit der sofort beginnenden größeren Entwicklung des Verkehrs, der Industrie,

Digitized by Google

des Handels, der Verschiebung des Schwergewichtes wirtschaftlicher Tätigkeit, den sozialen Problemen zu. Es geschah dies anfangs neben dem Emporstreben der sofort ihren revolutionären Charakter hervorkehrenden Sozialdemokratie. Bei Untersuchung der inneren Zustände markierte sich bald eine Richtung, die man längere Zeit als Kathedersozialismus bezeichnete. Gegen die Kundgebung von Meinungen im wissenschaftlichen Gewande, mögen sie sich auch noch so sehr in ein Wolkenkukuksheim verlieren, kann Niemand etwas haben, natürlich aber war es, daß in den Köpfen vieler Zuhörer und Schüler solcher Professoren der Gedanke entstand, was theoretisch so schön bewiesen und errichtet worden sei, müsse in die Praxis übertragen werden.

Die Mauserungsideologen, von denen wir jetzt sprechen wollen, haben eine der Wurzeln ihres Daseins in diesem Kathedersozialismus — die Bezeichnung ist jetzt fast verschwunden —, aber noch andere entstammen einer falschen Beobachtung des Charakters der sozialdemokratischen Partei. Da diese immer mehr anwuchs, und sich demgemäß die Zahl ihrer Abgeordneten vermehrte, so wurde die Ansicht mit großer Sicherheit aufgestellt, daß sie gezwungen sein würde, vom rein negierenden Standpunkt abzugehen und sich an positiver Arbeit zu beteiligen. Nach und nach müsse sie ihren revolutionären Charakter verlieren und den einer radikalen Reformpartei annehmen. Vor Allem müsse man ihnen in der sozialen Gesetzgebung weiter entgegenkommen, den Besitzenden noch mehr Opfer auferlegen, die Sozialdemokratie mit dem jetzigen Staate versöhnen. Dazu kam die alte Ansicht der Linksliberalen, daß die Sozialdemokratie nur durch geistigen Kampf zu besiegen sei, nicht durch Ausnahmegesetze. Diesem geistigen Kampf hat man nun seit 1890 ganz freie Bahn gelassen — er fand auch unter dem Sozialistengesetz statt — aber man hat von einer Einwirkung keine Spur gesehen, im Gegenteil ist die Sozialdemokratie ins Ungeheuerliche angewachsen. Mit geistigem Kampfe ist eben gegen eine Partei der skrupellosesten Mittel nicht anzukämpfen. Er ist aussichtslos, das könnte man jetzt wirklich einsehen. Aber gerade die Leute, die vom geistigen Kampfe sprechen, müßten doch ihre Haltung in Presse, Parlament und Agitation in Einklang mit

Digitized by Google

diesem Kampfe bringen. Das ist keineswegs der Fall. Die demokratische Partei sympathisiert mit der Sozialdemokratie in ihrem Haß gegen die jetzige Regierungsform und die monarchischen Traditionen, die süddeutsche insbesondere in ihrem albernen Widerwillen gegen Preußen, in dem sie den Hort der Reaktion sieht, als ob die Priesterherrschaft im Süden und Westen, die kohlrabenschwarze Dunkelheit in vielen Landesteilen etwas Besseres wäre als der Einfluß des größtenteils protestantischen Preußens. Die freisinnige Partei huldigt dem oben gekennzeichneten Doktrinarismus, zugleich aber bedurfte sie häufig der Unterstützung der Sozialdemokratie bei den Wahlen. Das Zentrum aber, das die Sozialdemokratie theoretisch ebenfalls auf das heftigste bekämpft, hat sich einer wirksamen Gesetzgebung zum Kampf gegen die Sozialdemokratie stets widersetzt. Da es der von ihm beherrschten Wahlkreise sicher ist, so pocht es auf die Massen, die es durch eine Kaplansdemagogie und den gesamten mächtigen Einfluß des Klerus in der Hand behält — wie lange noch, ist freilich eine andere Frage. Von einer Wirksamkeit eines geistigen Kampfes ist also auch hier keine Rede. Es ist gegen eine Ausnahme- oder verschärfte Gesetzgebung, schon deshalb, weil es selbst unter einer solchen litt, und weil eine Beseitigung der sozialdemokratischen Gefahr die Autorität der Regierung derart stärken würde, daß das Zentrum aufhören müßte, das Zünglein an der parlamentarischen Wage zu sein.

Die Mauserungsideologen sahen nun schon vor einigen Jahren einen neuen Hoffnungsstern winken, als einige Genossen, unter denen sich besonders Dr. Bernstein bemerkbar machte, einige der Parteileitung nicht genehme Ansichten, die zu Auseinandersetzungen führten, zum Ausdruck beachten. Diese Ansichten liefen, kurz und bündig gesagt, im Allgemeinen darauf hinaus, daß man wohl in dem und jenem Punkt dem nationalen Staat eine Konzession in positiver Mitarbeit machen könne. Sie wurden hauptsächlich von Bebel aufs heftigste bekämpft und endeten stets mit „löblicher Unterwerfung“, wie die von dem alleinseligmachenden unfehlbaren Ultramontanismus abweichenden Katholiken es ebenfalls machen mußten.*)

*) Siehe unten Parteitag in Dresden.

Nur um des Himmels willen jetzt keine Scharfmacherei, keine Gewaltmaßregeln, hieß es. Dadurch wird nur die Partei fester zusammengeschmiedet, der Auflösungsprozeß verhindert werden. Als ob eine revolutionäre Partei den Boden, auf dem sie erwachsen, jemals verlassen könnte, bevor dieser Boden nicht durch eine Katastrophe erschüttert und vernichtet worden ist! Es ist vorläufig ganz gleichgiltig, ob einige Leute in der Partei verschiedener Ansicht über den einzuschlagenden Weg zur Erreichung des Ziels sind. Wenn nur das Ziel dasselbe bleibt, wird man sich über den Weg schon einigen. Glaubt man wirklich, daß die Bernstein, Heine und Genossen die Revolution verschmähen würden, wenn die Armee heute unsicher wäre? Mein Gott, lernt man denn gar nichts aus der Geschichte! Müssen denn die Gestalten der Schwächlinge, die wie die Girondisten, welche gegen den Tod Louis XVI. sprachen und dann dafür stimmten, immer wiederkehren; der Blinden, die nicht sehen, daß die revolutionären Parteien in Frankreich in der großen Revolution sich auf das bitterste befehdeten, aber doch vereint zum Sturz des Königtums marschierten, sich freilich dann, als sie zur Herrschaft gelangt waren, nicht vor das Messer nahmen, sondern unter das Messer brachten? Kann die Verblendung so weit gehen, verkennen zu wollen, daß hier, wie der Große Kanzler sagte, Macht gegen Macht steht, und es daher ganz thöricht ist, die vorhandenen Machtmittel der Regierung nicht zu gebrauchen? Hält man denn Alles, was darüber von der Sozialdemokratie geschrieben und gesprochen worden ist, nur für leeres Stroh? Wenn Liebknecht schon Ende 1870 erklärte, daß die politischen Kämpfe in Deutschland Machtfragen sind, die auf einem anderen Gebiet gelöst werden würden als auf dem parlamentarischen — inwiefern haben sich die Anschauungen der für die Taktik maßgebenden Führer, welche die Massen beherrschen, seitdem geändert?

Bebel schrieb einst:

„Man entsetze sich doch nicht über diese mögliche Anwendung der Gewalt; die Geschichte lehrt, daß zu allen Zeiten die neuen Ideen in der Regel erst durch gewaltsame Kämpfe zur Geltung gelangen.“ Er erörtert weiter, daß im Jahre 1848

Digitized by Google

die Revolution nur gescheitert sei aus Mangel an revolutionärer Energie.

Liebknecht schrieb in seinem Werk „Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie“, in welchem er auch über die beiden Staatsstreiche Napoleons III. und Bismarcks 1866 spricht (der Krieg von 1866 ein Staatsstreich, es ist zum Totlachen!), folgendes:

„Nicht das Gewaltsame dieser Thaten ist es, was sie verdammenswerth macht; denn wie der Fürsten, so ist auch der Völker letztes Wort die Gewalt, sondern daß sie zu Gunsten des Junkerthums begangen wurden.“ Er äußert ferner: „Und wenn das Volk, die Arbeiterbataillone, gerüstet an den Thoren des Parlaments stehen, dann kann vielleicht ein von der Tribüne geschleudertes Wort, zündend wie ein elektrischer Funke, das Signal zur befreienden That werden.“

Das sind, wie Herr Dr. Barth respektwidrig für seine politischen Brotherren sagt, vielleicht „Jugendeseleien!“ Aber daß diese sogenannten Eseleien, die beide Männer übrigens schrieben, als weder sie noch die Sozialdemokratie mehr jung waren, in voller Kraft weiter existieren, darüber werden wir uns bei Besprechung des Parteitages in Dresden noch näher unterhalten. — Ganz im Gegenteil zu allen Mauserungstheorien hat die Sozialdemokratie ihren Umsturzcharakter noch nie so offen und frech betont wie in den letzten Jahren, ist noch nie so unverschämt gegen die monarchische Gewalt und gegen die Träger derselben aufgetreten wie jetzt, indem der Republikanismus der Partei feierlich erklärt, und dem Kaiser das Zeichen der schuldigen Ehrfurcht bei Eröffnung und Schluß des Reichstages mit Ostentation verweigert wurde.

Solche Aeußerlichkeiten gelten der mit der Sozialdemokratie liebäugelnden und zusammenstehenden Partei für nichts, und doch sind gerade diese Aeußerlichkeiten für die ungebildete Masse von durchgreifendem Einfluß. Sie sprechen mehr als hundert Reden. —

Kleinigkeiten und Aeußerlichkeiten können zwar niemals die Grundursache von Revolutionen sein, haben sie aber oft zum

Digitized by Google

Ausbruch gebracht. Dazu kommt noch, daß die sozialdemokratischen Organe die Mauserungsideologen offen verspotten. Aber diese Optimisten sind durch nichts zu bekehren, und wenn sie ihrerseits die „Scharfmacher“ als kurzsichtige Politiker verhöhnen, so wird sich in Zukunft zeigen, wer die Situation und die Lehren der Geschichte besser verstanden hat, diejenigen, welche die Gefahr rechtzeitig erkannten, oder die, welche sie nicht sehen wollten und Vogelstraußpolitik trieben. Wie kommen denn diese Epigonen dazu, ihre Ansicht als die unfehlbare hinzustellen, nachdem ein Bismarck die entgegengesetzte verfochten hatte? Ich habe in Kunst und Wissenschaft hervorragende Männer kennen gelernt, welche die Sozialdemokratie deshalb für ungefährlich erklärten, weil ihre Lehre „Unsinn“ sei. Die echte Kathederweisheit fürwahr!

Als ob die Massen diesen Unsinn zu erkennen im Stande wären; als ob der Unsinn nicht eine Zeit lang den Sieg davon tragen und das Vaterland mit Blut und Thränen überschwemmen könnte! — Man solle die Sozialdemokratie einfach ignorieren, sagten diese Männer, dann werde sie ihre Bedeutung verlieren. Ob sie nach der drei Millionenwahl ihre Ansicht noch aufrecht erhalten, weiß ich nicht. Vielleicht heißt es jetzt, daß die Sozialdemokratie drei Millionen Stimmen erhalten hat, weil man sie nicht ignoriert hat! Neulich erst hat ein hervorragender Gelehrter wieder die Mauserungsillusion auf den Schild erhoben. Die Professoren müßten die Masse aufklären. Aber die Masse hört eben die Professoren nicht sondern die abgerichteten Agitatoren.

Es ist eine alte Erfahrung, daß sehr oft hervorragende Männer in Kunst und Wissenschaft die schlechtesten Politiker sind.

Mitläufer bei der Sozialdemokratie sind ferner eine Sorte Ideologen, die noch immer in der Partei die Verteterin der Armen und Gedrückten sehen. Leider sind auch vom Regierungstisch Worte gefallen, die einer solchen Auffassung Raum geben konnten. Sie wurden natürlich von der Partei gebührend ausgebeutet. Die gesamte Politik der Mauserungsideologen der Sozialdemokratie gegenüber beschränkt sich eben in der Hauptsache auf Reden, Worte machen und sanfte Ermahnungen, doch vernünftig zu sein, die mit Hohngelächter aufgenommen werden.

Digitized by Google

also auf ein Laisser aller. Denn was da an praktischen sozialen Reformen vorgeschlagen wird, ist höchst zweifelhafter Natur.

Eine andere Sorte „macht“ in der Tat nur deshalb in sozialistischen Theorien, weil es Mode ist und zur „Bildung gehört.“ Man findet sie vielfach in jenen Kreisen, deren eifrigstes Bestreben ist, sich aus der Stellung herauszuarbeiten, die ihre Vorfahren eingenommen haben und sich auf die Plätze zu setzen, die andere Schichten noch einnehmen. Ist dies gelungen, würde man wohl den sozialistischen Anhauch abstreifen, wenn es dann noch möglich ist. Die Vanitas vanitatum spielt auch in der ganzen Bewegung eine bedeutende Rolle. —

Zahlreiche Mitläufer der Sozialdemokratie bei den Wahlen handeln auch aus den gemeinen Motiven des Neides gegen den Höherstehenden und Besitzenden, aus Mißstimmung über vermeintliche oder gegründete Zurücksetzung, persönliche Kränkung und dem schon oben geschilderten allgemeinen Mißbehagen über unsere Zustände. Viele kleine Handwerker und Gewerbetreibende stimmen gerade deshalb für die Sozialdemokratie, weil sie vor ihrem Terrorismus nicht geschützt werden. Sie wollen ihrer Mißstimmung darüber Ausdruck geben. Andere wieder erliegen dem ausgeübten frechen Terrorismus, der sich in Boykottierung ihrer Geschäfte äußert. Endlich ist noch die Partei der reinen Dummheit zu erwähnen, die dem Schnapswirt, wenn er nur recht schreien und dem Demos schmeicheln kann, stets recht gegen den Studierten und Gebildeten gibt.

Zum Schluß dieses Kapitels noch ein Wort über die nationalsoziale Partei. Das waren sehr brave Leute. Sie bildeten sich aber ein, durch ein Tröpfchen demokratischen Oels und das Versprechen sozialer Reformen die Arbeiter der Sozialdemokratie entfremden und zur nationalen Fahne zurückführen zu können. Sie waren eigentlich ein Stück von der großen Mauserungsillusions-Partei. Ihr jämmerlicher Schiffbruch bei den Wahlen trieb sie zum Uebertritt in die Freisinnige Vereinigung, der einzigen Partei, die in der Dezemberobstruktion 1902 mit der Sozialdemokratie durch Dick und Dünn gegangen war. Aber ihr Schicksal könnte in der Tat den Mauserungsideologen doch zu denken geben.

Die Sekte der Anarchisten suchen die Sozialdemokraten von sich abzuschütteln. Sie tun politisch ganz recht daran, denn mit Attentaten und Bombenwerferei macht man keine Revolution. Aber wer will den innern Zusammenhang leugnen? Die Sozialdemokratie hat so gut ihre Attentate wie die Anarchisten. Daß Nobiling und Hoedel nicht zu ihnen gehörten, ist eine lächerliche Behauptung; und die Verschwörer vom Niederwald, der Mörder des Polizeirates Rumpf in Frankfurt a. M.? Man soll das beweisen, aber das Blaue vom Himmel herunter braucht man nicht zu beweisen.

Die sozialdemokratische Presse kämpft gegen die Verfolgung der Anarchisten, sie beschönigt die zahllosen Mordtaten insofern, als sie die Mörder entweder als unzurechnungsfähig oder die Straftat als aus den verrotteten gesellschaftlichen Zuständen hervorgegangen bezeichnet. Wie aber würde ihre Sprache lauten, wenn einmal ein Attentat gegen Bebel oder Singer verübt würde, und wäre es auch nur ein Handgreifliches?

Neben der steigenden Verbitterung der Klassen gegen einander und der Verwirrung der Begriffe über Recht und Pflicht, ist die Untergrabung des vaterländischen Gefühls, die Erzeugung des schnödesten Undankes für jedes Entgegenkommen in den Massen, die Verhöhnung der Eigenschaften, durch die der tüchtige Mann sein eigenes Schicksal zwingt und formt — das Ergebnis der Arbeit der Sozialdemokratie.

VI.

Die Wahlen zum Reichstage 1903.

Daß sie mit einem weiteren Erfolge der Sozialdemokratie enden würden, konnte in der Tat nach den Vorgängen, die wir eben geschildert haben, nicht zweifelhaft sein. Die Regierung schweigend — die bürgerlichen Parteien total zersplittert, die

Digitized by

bürgerliche Demokratie größenteils mit der Sozialdemokratie stimmend, diese aber geschlossen mit einheitlicher Kraft, unter der Parole: gegen die Brotwucherer, Pfaffen und Junker unter dem Geschrei: Rache für die Niedertracht der Vergewaltigung im Reichstage (!) in den Kampf tretend und mit der alten Skrupellosigkeit arbeitend — alle Mittel, auch die der Täuschung der Massen über die Absichten der schweigenden Regierung, anwendend, die terroristische Geißel über dem Heerbann schwingend — was konnte man anders erwarten? Sogar die serbische Palastrevolution mußte herhalten, indem man die Taten der Mörder dem gesamten „Militarismus" aufbürdete. Artikel unter dem Titel „Offiziersvandalismus" waren darauf berechnet, den Offizierstand jedes stehenden Heeres herunter zu setzen, und nicht ohne Erfolg; denn wie soll dem Ungebildeten der Unterschied zwischen Serbiens und Deutschlands Heeren sofort klar sein? Die Regierung wurde geschmäht, daß sie nicht in Serbien intervenierte. Natürlich wäre sie ebenso geschmäht worden, wenn sie diese Torheit begangen hätte, u. s. w.

Zu Statten kam der Sozialdemokratie der unglückselige Vorfall in Essen, wo der Fähnrich zur See Hüssener einen ihm sich widersetzenden Kanonier — allerdings unter Ueberschreitung der gesetzlichen Grenzen des Waffengebrauchs — erstach, worauf wir im folgenden Kapitel näher eingehen. Die Ausbeutung dieses Falles hat der Sozialdemokratie einen bedeutenden Stimmenzuwachs verschafft.

Die Organisation der Sozialdemokratie zeigte den ganzen technischen Apparat der vorbereitenden Arbeit (Wahlagitation) und der des Wahltages im vollsten Licht und übertraf die der anderen Parteien bedeutend, obgleich nicht zu leugnen ist, daß auch diese ausnahmsweise ihre Kräfte tüchtig angestrengt hatten. Aber es geschah dies doch zumeist einzeln; die Schlachtlinien der Bürgerlichen waren zersplittert, nur auf verhältnismäßig wenigen Punkten gelang eine Einigung, aber auch dort führte sie nicht immer zum Siege. Die Sozialdemokraten vermochten durch gegenseitig geübte Kontrolle, durch die ziemlich zu gleicher Zeit auftretenden Massen der Fabrikarbeiter, durch die schon längst verbreitete Furcht vor dem

Banne der Partei, die Anfeuerung, den Impuls der Gegenseitigkeit, das Mittel des Geheimgesetzes nur zu ihren Gunsten zu wenden. Die infame Gleichgültigkeit vieler Wähler der Ordnungsparteien, die aus dem Mangel an politischem Sinne der Deutschen entspringt, tat das Uebrige. Diejenigen Wähler, die ihre Sommerreise früh anzutreten gewohnt sind, ließen sich davon nicht abhalten durch die Wahlen, und ein großer Teil erschien nicht am Wahltisch. Verachtung und Schmach über diese Schlafmützen, die nur am Biertisch groß sind. Die Sozialdemokratie verstand alle Mann auf Deck zu bringen.

Auch Verletzungen des Gesetzes durch Stimmabgabe für Verzogene u. s. w. kamen oft genug vor, und wenn sie auch keinen großen Einfluß zu üben vermochten, so sind sie als Symptom der Untergrabung des Ehr- und sittlichen Gefühls sehr beachtenswert. Die Stichwahlen — diese törichtste Einrichtung unseres Wahlsystems — fielen ebenfalls zu Gunsten der Sozialdemokratie aus, und sie erreichte die von einsichtigen Beobachtern vorher geschätzte Zahl von einigen und achtzig Gewählten. Die so oft angerufene und angekündigte Selbsthilfe des Bürgertums war wiederum glänzend gescheitert.

Der Jubel der Sozialdemokratie war grenzenlos und überschwenglich. „Unser ist die Welt“ hieß es. In Berlin besonders fand eine Straßenbewegung statt, dergleichen man seit dem Jahre 1848 nicht gesehen hat.

Während nun die Sozialdemokratie sich geradezu an ihrem Siege berauschte, stutzte die Mauserungsideologie denn doch etwas, und die Leute von der Vogelstraußpolitik waren gezwungen, den Kopf aus dem Sande herauszuziehen und mit blöden Augen sich die Sache anzusehen. — Das dauerte aber nicht lange. Die Doktrin, daß man mit der Sozialdemokratie am besten fertig werde, indem man — nichts tue, sondern Reden gegen sie halte und ihr Bissen auf Bissen in den Rachen stopfe, fand sogleich neue Trostmittel. Man berechnete, daß man im Reichstage immer noch die Mehrheit gegen sie habe, wenn die bürgerlichen Parteien zusammenhielten. Ja — wenn. Aber wer bürgt dafür, daß sich immer eine solche Situation wie die vor dem Antrage Kardorff ergeben wird? Man baute

Digitized by Google

sich allerlei parlamentarische Lagen auf, die sich bei Beratung der Handelsverträge und zu erwartenden Militärvorlage ergeben könnten, in denen die Sozialdemokraten ins Hintertreffen kommen würden. Als ob parlamentarische Verhältnisse stets entscheidend auf das Schicksal eines Volkes einwirkten! Das Wesentliche und Entscheidende verlor man dabei aus den Augen, d. i. die Stimmung der Massen, ihre Beherrschung durch die sozialdemokratische Leitung und die Folgen, die sich hieraus allmählich, aber mit voller Sicherheit, einstellen müssen. Man sprach klug über Neben- und Begleiterscheinungen und übersah das Ganze, die eigentliche Gefahr. Oder man will sie übersehen, aus blasser Furcht vor einem Konflikt. Wo wären wir hingekommen, wenn Bismarck 1862 dieselbe Konfliktangst gehabt hätte? Wenn der Kompromiß gewöhnlich die Regelung sich gegenüberstehender Interessen und Meinungen sein soll, so kann diese Regel nur dann gelten, wenn die Parteien danach geartet sind, d. h. wenn sie sich auf demselben staatlichen Boden befinden. Ist dies aber nicht der Fall, so bleibt früher oder später nur der Konflikt.

Nun ereignete es sich, daß der Genosse Bernstein behauptete- die Partei müsse den ihr nach ihrer Anzahl zustehenden Vizepräsidentenposten beanspruchen und annehmen. Sie müsse sich auch den gewöhnlichen Anforderungen des persönlichen Erscheinens des Präsidiums beim Kaiser, dem „Reichsoberhaupt", wie sich Bernstein gleich dem Zentrumsmanne Schaedler ausdrückt, nicht widersetzen. Hierüber geriet Bebel, der in Küßnacht in seiner Villa wohnte, in heftige Wut.

Er bezeichnete dies in mehreren Artikeln als ein Abweichen von dem Wege, den die Partei bisher befolgt hätte, fällte ein Verdammungsurteil über die sogenannten Revisionisten und versprach, auf dem Parteitage mit ihnen gründlich abzurechnen. Sein Auftreten war schon so diktatorisch und anmaßend, daß er sogar (man denke!) mit der Redaktion des „Vorwärts" in einen vorübergehenden Konflikt geriet. Andere Genossen billigten übrigens Bebels Auftreten nicht, erklärten aber auch, Bernstein habe mit dem Aufrollen der Vizepräsidentenfrage eine „Dummheit" gemacht. Diese chevalereske Aeußerung und die Artikel Bebels bildeten das sanfte Präludium zu den wörtlichen Holze-

Digitized by Google

reien, wie sie dann auf dem Parteitage in Dresden aufgeführt wurden. — Für die Mauserungsideologie aber war dieser persönliche Zwiespalt ein neues Labsal nach dem Kümmernis des Wahlresultats. Das Märchen von dem Zerfall der Sozialdemokratie wurde munter weiter kolportiert und wird so lange weiter kolportiert werden, bis jene Illusionisten an ihrem Leibe spüren werden, daß der „Jugendesel" der Sozialdemokratie ihnen noch recht kräftige Hufschläge versetzen kann. Daß das Ansehen und die Machtstellung Deutschlands durch das Anwachsen und die Stellung der Sozialdemokratie im Reiche leiden, wird von Vielen übersehen. Soeben erst hat die italienische Sozialdemokratie durch die beabsichtigten Demonstrationen gegen den Zaren ihrem Vaterlande einen üblen Streich gespielt, den auch unsere sozialdemokratische Presse als einen Beweis der Machtstellung dieser Partei feiert. Im Falle eines äußeren Konfliktes beutet der Gegner natürlich den inneren Zwiespalt aus. Richelieu warf den Protestantismus in Frankreich nieder, unterstützte ihn in Deutschland.

VII.

Vom Heere.

Wenn einsichtige Offiziere am Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts fragten: Ist unser Heer noch des Großen Königs Heer? — so könnte man jetzt in kühler Abwägung fragen: Ist unser Heer noch des Großen Kaisers Heer, noch das Heer von 1866 und 1870/71?

Eine solche Frage kann sich nur auf den inneren Wert, den Geist des Heeres beziehen. Denn wenn ein Heer richtigen Nutzen aus seinen eigenen und fremden Erfahrungen und die Fortschritte der Kriegsmittel gehörig in Betracht zieht, so kann es nicht nur, sondern muß auch in Ausbildung, Gefechtsformen, Vorschriften, Organisation im Laufe der Zeit ein anderes ge-

Digitized by Google

worden sein. Unser Heer hat diese Aufgaben gelöst. Es ist gut bewaffnet und in jeder Beziehung trefflich ausgebildet. Ueber die Organisation kann man in dem und jenem Punkt anderer Ansicht sein; jedenfalls ist das Heer ein brauchbares Organ.

Aber der Geist der Offiziere und ihre Erziehung, sowie die der Mannschaft muß derselbe sein wie in der Zeit unserer großen Siege. Und dieser Geist erzeugt rücksichtslosen Angriffsschneid (natürlich in passenden Formen), selbständige Handlungsweise, der wir in jener großen Epoche so viel verdankten, zähe Ausdauer im Gefecht und in Ertragung von Beschwerden, strengste, überzeugungsvolle Disziplin, Treue zum Kriegsherrn, Vaterlandsliebe, militärisches Ehrgefühl und Korpsgeist. —

Kühl und ruhig beobachtende aktive und inaktive Offiziere haben aber schon vor Jahren die bestimmte Ansicht ausgesprochen, daß die oben geschilderte Arbeit der Sozialdemokratie endlich den Fels des Heeres untergraben müsse. Und dieser Ansicht können auch wir uns leider nicht verschließen. Die jährlich ins Heer eintretenden Hunderttausende sind zum sehr großen Teil Sozialdemokraten; nicht als ob diese Leute die Theorien vom sozialdemokratischen Zukunftsstaat begriffen hätten, aber aufgenommen haben sie den ausgesäeten Widerwillen gegen die höheren Stände, die Abneigung gegen den Waffendienst, die Lehre, daß die militärische Disziplin eine Tyrannei sei, den Haß gegen das Offizier- und Unteroffizierkorps, von denen ihnen eine falsche Vorstellung beigebracht worden ist. —

Aber auch die sogenannten Humanitären und die Bestrebungen der Friedensgesellschaften haben ungünstig auf den kriegerischen Geist der Nation gewirkt. Wenn wir sagen kriegerischer Geist, so verstehen wir darunter nicht den sogenannten chauvinistischen, sondern die Wertschätzung kriegerischer Tätigkeit, die Liebe zum Heldentum und die Verehrung der Taten der Vorfahren. Dieser Geist, der uns so nötig ist wie das liebe Brot, wenn uns einst, trotz aller Friedensliebe und Friedensbeteuerungen, ungeachtet aller wirtschaftlichen Nachteile, Lebens-Interessen nötigen werden, wieder das Schwert zu ziehen, wird von diesen falschen Propheten systematisch untergraben. Diese

Digitized by Google

Strömung wird natürlich von der Sozialdemokratie bestens benutzt, die es an wahrer Humanität ihren Gegnern gegenüber am allermeisten fehlen läßt. Dazu kommt der materialistische Zug der Zeit, der nur im Erwerb durch Industrie und Handel, im Betrieb der Geldgeschäfte das zu erstrebende Ziel der Entwickelung sieht. Alle diese Momente wirken zusammen, um unsere kriegerische Tüchtigkeit herabzudrücken, und ob der alte Heldengeist sich in der Stunde der Gefahr wieder erwecken lassen wird, ist unwahrscheinlich.

Viel schlimmer als geheime Wühlerei im Heere wirkt die offene Verhöhnung der Autorität und die Ueberzeugung von der Macht der Sozialdemokratie, die sich in den Massen längst festgesetzt hat.

Ebenfalls schlimm wirkt der weichliche humanisierende Zug der Zeit, wie er durch die gebildeten Klassen geht. Er ist der Feind der, neben ehrenhafter guter Behandlung, auch durch scharfe Mittel aufrecht erhaltenen Disziplin im Heere. Der von ihm hypnotisierte Mensch versteht nicht, sich in militärische Verhältnisse zu versetzen; ihm ist in einem langen Frieden das Bild des Krieges entschwunden; er sieht nicht ein, daß durch strenge Strafen ein Gegengewicht gegen Feigheit, Schlaffheit, Mangel an Ausdauer, Zorn und andere Leidenschaften geschaffen werden muß, die insbesondere im Kriege der Sache des Vaterlandes den größten Schaden zufügen können. Er beklagt jede auch noch so notwendige und gerechte Strafe, die wegen Insubordination verhängt wird. Er sieht in jeder Handlung des Vorgesetzten ein Unrecht, in jedem Untergebenen einen tugendhaften Unterdrückten.

So wirkt diese hyperhumane Richtung ungemein schädlich. Sie trat schon einmal auf, damals auch unter den Offizieren, — wenn auch in anderer Form — und spielte 1806 gegen den mit aller Rücksichtslosigkeit vorgehenden großen Sohn der Revolution eine schlechte Rolle. Ihr sind hauptsächlich die Kapitulationen zu verdanken, die noch jetzt ein Denkmal jener Schmach für uns sind.

Alle diese Einflüsse vereinen sich, um den militärischen Geist des unbedingten Gehorsams, der Treue und Vaterlandsliebe in

Digitized by Google

der Mannschaft zu untergraben. Die hiergegen stattfindenden starken Gegenströmungen — vor Allem die der Dienstzeit selbst — wollen wir nicht unterschätzen, doch ist es eine große Frage, ob sie auf die Dauer stark genug sein werden, um jenen Einflüssen Widerstand zu leisten.

Es ist ganz unrichtig, die Dinge im vollen Frieden nach der Außenseite beurteilen zu wollen. Auch das Regiment der französischen Garden sah bis zum Juli 1789 gut und glänzend aus, und doch schlug es sich, durch ungeschickte Maßregeln aufsässig gemacht, plötzlich auf Seite der Revolution.

Man muß sich die Frage vorlegen, ob in einer wirtschaftlichen Krisis oder bei einer Mobilmachung oder gar bei Rückschlägen im Kriege sich unser Heer noch als das alte zeigen würde, ob die Mannschaft noch mit demselben Pflichtbewußtsein, derselben Ehr- und Vaterlandsliebe wie 1870 ins Gefecht gehen und ihre Schuldigkeit auch gegen Rebellen tun würden. —

1866 übersahen viele Volkskreise den Zweck des Krieges nicht; andere waren gegen den Krieg infolge des jahrelangen Verfassungskonfliktes und durch die stattfindenden Friedensmeetings eingenommen. Es fehlte an Begeisterung. Ich habe die Gestellung der einberufenen Mannschaften in „Bildung und Manneszucht"*) geschildert. An vielen Orten waren die Ausschreitungen der zum großen Teil betrunkenen, von ihren Weibern begleiteten Massen der Einberufenen, die von den aus höchstens 4 Offizieren, 14 Mann bestehenden Kommandos abgezählt, verlesen und in Transporte formiert werden sollten, so bedeutend, daß Linientruppen einschreiten mußten. Nun denke man sich eine Mobilmachung der Gegenwart, die sich nicht des Beifalles der Sozialdemokraten erfreute. Schon 1893 erklärte der Abgeordnete Grillenberger im Reichstage, daß sie sich eines Tages mit der Frage befassen würden, ob die Sozialdemokraten sich im Falle eines Aufstandes oder Krieges weigern würden, zu marschieren. „Das kann Ihnen noch passieren, und die Zeit dürfte, wenn Sie so fortfahren, gar nicht so fern sein", rief er drohend der Rechten und der Regierung zu. Und nun bedenke

*) 1872. E. S. Mittler & Sohn.

Digitized by Google

man, welche Fortschritte der sozialdemokratische revolutionäre Geist seitdem gemacht hat. Dazu die polnische Verhetzung! So können sich sehr ernste Störungen bei einer Mobilmachung ergeben.

Auch die allgemeinen sozialen Verhältnisse begünstigen das Eindringen einer unbotmäßigen und rohen Gesinnung in die Masse des handarbeitenden Volkes. Das frühzeitige Hinaustreten der jungen Leute aus Schule und Elternhaus, die überall nachlassende Autorität der Handwerksmeister über ihre Lehrlinge, der Verfall des Handwerkes, die Strikes ohne Innehaltung der Kündigungsfrist, die Boykotts, der Wechsel des Aufenthaltes durch die Sachsengängerei und das Zuströmen in die großen Städte, wo Viele das Geld auf der Straße zu finden glauben, im Gegenteil aber gänzlich proletarisiert werden, ja sogar oft in die Tiefen der Verworfenheit, in das Reich der Kaschemmen und Zuhälter hinabsinken, führen dem Heere eine große Anzahl widerwilliger, verderbter Elemente zu. Die unglaublichste Lümmelhaftigkeit, die Verhöhnung von Sitte, Anstand und Gesetz haben gerade in den letzten Jahren, dem glorreichen Beispiel in Dresden folgend, die größten Fortschritte gemacht. (Siehe Landtagswahlen.) Noch steht der stolze Baum des Heeres aufrecht, aber wer will bei ruhiger Ueberlegung bezweifeln, daß die eben geschilderten Elemente ihn allmählich aushöhlen müssen? Es kann nicht anders kommen. — Daß noch ein guter Teil des Volkes trotz allen dem gesund ist, glauben auch wir; aber dieser Teil will auch inne werden, daß eine starke Hand ihn vor dem Terrorismus der Sozialdemokratie schützt.

Alle diese Verhältnisse haben nun auch nicht günstig auf den Ersatz des Unteroffizierkorps gewirkt. Wenn die Industrie günstig steht, mindert sich erwiesenermaßen der Zudrang zu der Unteroffizierlaufbahn, der bei umgekehrtem Verhältnis wiederum steigt. Dieses Ab- und Zufließen ist an und für sich ein Uebelstand. Er beweist aber auch, daß für viele Menschen der Unteroffizierstand ein Notbehelf ist, und daß die wahre Neigung zum Waffenhandwerk abgenommen hat. Es kommt dazu, daß unser Unteroffizierkorps, trotz der Vermehrung der

Digitized by Google

Vizefeldwebelstellen, immer jünger geworden ist; daß somit die Erfahrung nicht nur in Ausbildung und Führung, sondern auch in der Behandlung der Leute abgenommen hat. Ein Teil der Unteroffiziere verläßt mit 6 Jahren Dienstzeit schon die Armee, um in die Schutzmannschaft, ein anderer mit 9 Jahren, um in die Gendarmerie einzutreten. Die nach 12 Jahren mit dem Zivilversorgungsschein Abgegangenen müssen meist sehr lange auf feste Anstellung warten, sodaß auch dieser Anreiz an Wert eingebüßt hat. Die sehr große Verschärfung des Dienstbetriebes, die den Unteroffizier besonders trifft, hält ebenfalls Manchen vom Weiterdienen ab. So muß man es leider aussprechen, daß der innere Wert des Unteroffizierkorps nicht auf derselben Höhe steht, wie vor den Kriegen Wilhelms I. Da jede Kriegsepoche immer einen Aufschwung des militärischen Geistes herbeiführt, so blieb dieser auch noch geraume Zeit nach den Kriegen derselbe, bis die in militärischer Beziehung unvermeidlichen Uebelstände der sozialen Entwicklung sich geltend machten.

Auch die Zusammensetzung des Offizierkorps hat sich geändert. Die stattfindende Vermehrung der Armee, um den Nachbarheeren gewachsen zu sein, bedingte den Offiziersersatz aus weiteren Kreisen als bisher zu nehmen. Nun könnte man die hierdurch stattfindende Verknüpfung mit dem Bürgertum sogar als einen Vorteil betrachten, wenn nicht zugleich der in allen Ständen steigende Luxus und der wachsende Reichtum der Geschäftswelt es mit sich gebracht hätten, daß das Geld eine immer größere Rolle auch im Offizierkorps zu spielen anfing; daß die Söhne dieser Geschäftswelt, die den Ueberlieferungen der deutschen adligen und bürgerlichen Offiziersfamilien, des Grundbesitzes und des höheren Beamtentums bisher fern standen, Eingang in das Offizierkorps fanden, und dieses selbst sich vielfach durch Heiraten mit diesen Kreisen verknüpfte.

Man verstehe uns nicht falsch. — Wir wollen hiermit weder dem acht- und ehrbaren Bürgertum einen Makel anhängen, noch seinen Söhnen, wenn sie tüchtig sind, den Zutritt zum Offizierstande verschließen, aber es giebt eine Sorte von Geschäftsleuten, die man, mögen sie noch so viele Wertpapiere besitzen, nicht in jene Kategorie einreihen kann. — Alles dies

würde noch nichts schaden, denn das deutsche Offizierkorps besitzt eine große Auffaugungskraft, aber zugleich stellt sich der sehr gewichtige Uebelstand heraus, daß der Ersatz aus jenen Ständen, die den Grundstock des Offizierkorps bildeten, im Abnehmen begriffen ist. Die zunehmenden Ausgaben im Offizierstande, die Möglichkeit, in anderen Stellungen früher zu einem guten Einkommen zu gelangen, das schlechte Avancement der Hauptwaffe, und die nicht ausreichenden Pensionen sind die Hauptursachen Somit wird die Anzahl jener, die aus Ueberlieferung, Liebe zum Waffenhandwerk den Degen umschnallen, abnehmen. Diejenigen aber, die hauptsächlich der glänzenden Außenseite wegen in die Armee treten, können an innerem Wert den alten bewährten Stamm nicht ersetzen. Hierzu kommt noch, daß der Dienst durch eine Ueberhäufung von Dienstzweigen, eine zu hohe Bewertung technischer Fertigkeiten und eine in bester Absicht beförderte, aber den Zweck innerer Tüchtigkeit verfehlende Konkurrenztreiberei über das gesunde Maß erschwert ist.

Es ist nicht unrichtig, wie eine jüngst erschienene Schrift behauptet, daß die jungen Leute aus dem alten Stamme die Erreichung der Offizierwürde als etwas Selbstverständliches ansahen, und daß sie sich durchaus nicht gegen andere Stände überhoben, daß aber die von der anderen Seite vielfach dazu neigen und noch nicht den richtigen Gebrauch von ihrer Stellung zu machen wissen. Die Demokratie wird dies natürlich nicht zugeben wollen, denn es kommt ihr vor Allem darauf an, gegen die „Junker“ zu hetzen. Viele auch, die mit in dies Horn stoßen, kennen eben den Offizierstand nicht und haben keine Ahnung, wieviele Menschenkenntnis, gesunde Anschauungen und klare politische Erkenntnis in ihm zu finden ist. —

Daß aber die verwirrenden sozialen Ideen, die in vielen Kreisen geradezu Sport geworden sind, auch endlich Einfluß auf einen Teil der Offiziere haben könnten, ist für die Zukunft nicht zu verneinen. Anzeichen sind leider schon vorhanden. Siehe unten Militärromane rc.

Ein übles Zeichen sind die Meinungsäußerungen einzelner verabschiedeter höherer Offiziere, die in bitterer ironisierender Weise

Digitized by Google

Ausbildung und Einrichtungen kritisieren, dabei aber höchst konfuse, unüberlegte Verbesserungsvorschläge machen.

Noch ist indes das Offizierkorps die Säule des Heeres, die Keime des Verfalls haben sich noch nicht entwickelt, aber vorhanden sind sie, das muß dem gesunden Beobachter klar sein.

* * *

Vor der Ueberflutung durch das innere Barbarentum kann nur das deutsche Heer schützen, wenn es in Zucht und Ordnung bleibt. So sprach Johannes Scherr, der alte Republikaner.

Dies Wort ist absolut wahr. Wer nach den Zeugnissen, die sich die Genossen auf dem Dresdener Parteitage selbst ausgestellt haben, noch glauben will, daß sie mit geistigem Kampfe zu besiegen sind, — nun gut, wir wollen ihm seinen Köhlerglauben nicht nehmen. Die Sozialdemokraten wissen aber besser, woran sie sind, und seit Jahrzehnten richten sich alle ihre Anstrengungen auf die Unterwühlung des Heeres. Bebel sagte am 26. Juni in Karlsruhe: „Die Sozialdemokratie wächst und wächst ihnen Allen über den Kopf. Der Zukunftsstaat ist viel näher, als sie denken, und Ihrer Aller Untergang viel näher, als Sie selbst ahnen.“ — Wenn der alte, die Massen elektrisierende Demagoge sich nun auch in Voraussagung der Zeit des großen Krachs schon einige Male stark geirrt hat, so kommt es hier darauf nicht an, sondern darauf, daß das verfolgte Ziel sich in diesen Worten deutlich kennzeichnet, noch klarer aber in den Worten einer früheren Rede, es käme darauf an, die Bajonettträger zu gewinnen. Auch in Karlsruhe sprach er von dem Sturz der gesellschaftlichen Pyramide und daß die Gegner sich nur auf Bajonette stützten. „Sie vergessen aber“, fuhr er fort, „daß die, welche zur Armee kommen, schon Sozialdemokraten sind und es immer mehr werden.“

In dieser Richtung bewegt sich nun die sozialdemokratische Agitation seit langer Zeit, denn ein solcher Eichenstamm wie die Mannszucht des deutschen Heeres läßt sich nicht auf einen Schlag fällen. Wir haben das in Umrissen schon früher geschildert und fügen nun noch hinzu:

Digitized by Google

Das Hauptmittel ist, angebliche Mißstände im Heer zur Sprache zu bringen, sei es im Reichstage, sei es in der Presse. Da man keine Aussicht hat, das Offizierkorps zu gewinnen, so gilt es gegen dieses Haß und Verachtung zu säen. Hierbei spielten erstens angebliche Ausschreitungen von Militärs gegen Zivilisten und zweitens Mißhandlungen von Soldaten durch Vorgesetzte eine besondere Rolle. Die meisten der vorgebrachten Anschuldigungen stützten sich auf anonyme oder von Bekannten und Anverwandten an die Genossen gerichtete Briefe. Das Verwerfliche hierbei war, daß sie sofort als bewiesen und wahr hingestellt wurden, während durch gerichtliche Untersuchung oder durch Recherchen in den Akten meist die Unwahrheit des Inhaltes dargelegt wurde. Ich habe in meiner Schrift „Reichstag und Heer"*) eine ganze Anzahl solcher Anschuldigungen zusammengestellt, will aber noch zwei besonders charakteristische für den Diktator der Partei in aller Kürze wiederholen.

1893 behauptete Bebel kalten Blutes im Reichstage, der Leutenant von Salisch habe den Kommis Weimann in Koblenz aus Eifersucht einer Kellnerin wegen durch einen Degenstich hinterrücks feige ermordet. Am 21. März stellte der Kriegsminister aus den kriegsgerichtlichen Akten den Fall dahin richtig, daß jener Offizier mehrfach von dem Weimann, einem bekannten Krakehler und schon wegen Unfugs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt bestraften Mann, auf der Schiffbrücke in Koblenz beleidigt, mit dem Stock bedroht, geschlagen und nun von dem v. Salisch durch einen Stich verletzt worden sei, der die Schlagader im Schenkel durchbohrte und den Tod des Weimann durch Verblutung herbeiführte. Hier lag Notwehr vor. Da die Tötung, obwohl unabsichtlich, durch diese herbeigeführt war, erhielt Salisch 1 Jahr Festung. Es konnte sogar nach dem allgemeinen Strafgesetzbuch nur auf 3 Monate erkannt werden. Der Kriegsminister erklärte mit vollem Recht die Behauptung Bebels für eine Verleumdung. Die Sozialdemokratie antwortete mit dem Ruf „Frechheit". Bebel erklärte, trotz dieser Feststellungen, den Salisch für einen Messerhelden.

*) R. Eisenschmidt, Berlin, 1893.

Digitized by Google

Ein zweiter Fall war der, daß Bebel behauptete, der damalige Hauptmann Prey in Frankfurt a. O. habe durch Mißhandlung den Tod seines Burschen herbeigeführt. Die eingeleitete kriegsgerichtliche Untersuchung ergab, daß sich gerade Prey stets als ein besonders wohlwollender Vorgesetzter gezeigt hatte, und daß der Bursche am Typhus verstorben war. Vom Zivilgericht vernommen, erklärte Bebel, er habe den Brief, der die Denunziation enthielt, verbrannt. — Den Namen des Denunzianten zu nennen, wurde überhaupt immer verweigert, und so wurde die feige Sitte groß gezogen, daß Beschwerden statt bei der vorgesetzten Behörde bei der sozialdemokratischen Instanz angebracht wurden. Welcher schädliche Einfluß daraus für die Disziplin erwuchs, kann man sich leicht vorstellen. Die Sozialdemokratie fuhr nun in dieser Weise fort, bis das öffentliche Gerichtsverfahren eingeführt wurde.

Auf die Tuckerbrief-Angelegenheit, in welcher Bebel zum mindesten leichtfertige, die Ehre des um unsere Kolonien hochverdienten Peters verletzende Behauptungen nachgewiesen wurden, wollen wir hier nicht eingehen.

Die drei Fälle allein aber würden schon genügt haben, um Bebel aus einer anständigen geschlossenen Gesellschaft zum Austritt zu veranlassen, denn der Verleumder ist doch schlimmer wie jeder offen auftretende Beleidiger. Im deutschen Reichstage geht aber so etwas ohne die genügende Rüge hin. Ein Abgeordneter darf sich eben Alles erlauben.

Durch diese und eine Anzahl ähnlicher Fälle wurde aber das öffentliche Ehr- und Anstandsgefühl schon seit längerer Zeit in der übelsten Weise heruntergedrückt. Aber es sollte der Tag kommen, wo sich dies an der von Tugend und Moralität triefenden Sozialdemokratie rächen sollte.

Nachdem das öffentliche Militärgerichtsverfahren eingeführt worden war, verfuhr die Sozialdemokratie derart, daß sie Verzeichnisse der wegen Mißhandlung Untergebener verfügten Strafen aufstellte, und diese Straftaten nun im Reichstage und in der Presse in das grellste Licht setzte.

Es ist dies nun ein Punkt, wo die Sozialdemokratie mit voller Aussicht auf Erfolg den Hebel zur Untergrabung und Erschütterung der Disziplin angesetzt hat.

Digitized by Google

Das menschliche Empfinden wird sich ohne nähere Kenntnis des Falles im Allgemeinen auf die Seite des Untergebenen stellen als eines Menschen, der, durch die Disziplin gebannt, sich augenblicklich nicht verteidigen kann. Und hierin kann man kein Unrecht erblicken. — Es ist aber ebenso zu erwägen, daß Reizungen des Vorgesetzten durch widerwillige und bösartige Untergebene, die, wenn nicht offenen, doch passiven Widerstand leisten, sich sehr oft ereignen und den Vorgesetzten zu Uebereilungen verführen können. Weder der Leutnant noch der Unteroffizier hat bei uns Strafgewalt, wie z. B. in der französischen Armee. Wenn nun der Unteroffizier weiß, daß der Kompagniechef kein Freund von Meldungen ist, um die Strafbücher bei der Revision nicht zu überfüllt vorzulegen, und er befindet sich einem hohnvollen, passiven Widerstande gegenüber, so greift er leicht zu einem ungesetzlichen Mittel. Einen solchen Fall darf man nicht zu streng beurteilen.

Daß der Geist der eingestellten jungen Mannschaft nicht mehr derselbe ist, wie in den glorreichen Jahren unter König Wilhelm I., haben wir eben besprochen, und wenn Bebel selbst sagt, daß ein großer Teil als Sozialdemokraten ins Heer tritt, so ist damit zugestanden, daß der Sinn für Auflehnung uud freche Verachtung jeder Autorität in ihnen sitzt. Der zielbewußte Genosse freilich tut häufig seinen Dienst zu voller Zufriedenheit, aber nur deshalb, um Einfluß auf seine Kameraden ausüben zu können, wenn einmal der Zeitpunkt gekommen ist. Die Sozialdemokratie ist die gefährlichste Revolutionspartei, weil sie zu warten versteht.

Die Anlegung und Veröffentlichung von Verzeichnissen, die Auszüge aus den Verhandlungen und kriegsgerichtlichen Erkenntnissen enthalten, sind an und für sich ein tendenziöses Manöver, denn es ist natürlich, daß diese Verzeichnisse geeignet sind, große Entrüstung hervorzurufen. Sehr Wenige werden nachforschen, für welchen Zeitraum sie gelten und wie sich das Verhältnis der Zahl der Bestraften zu der Zahl des Heeres stellt.

In einem Verzeichnis sind vom 1. Januar 1903 bis 1. September 159 Fälle aufgeführt. Es kommen also bei einer Friedensstärke von rund 530 000 Gemeinen auf 3333 Mann eine Mißhandlung. Auch ist nicht ausgeschlossen, daß diese

Auszüge die Tatsachen entstellen und zum mindesten Umstände nicht enthalten, die das Vergehen zu mildern geeignet waren.

Nun haben sich aber in der letzten Zeit Fälle von Mißhandlungen durch Unteroffiziere ereignet, welche infame Quälereien zur allgemeinen Kenntnis gebracht haben, Dinge, die das menschliche Gefühl und den militärischen Sinn gleichermaßen empörten.

Ich behaupte aber, daß die allgemeine Verrohung und der Niedergang wahrhaft sittlichen Gefühls in der letzten Zeit auch auf den minderwertigen Teil des Unteroffiziersersatzes eingewirkt hat, denn mir sind in meiner ganzen Dienstzeit nicht ähnliche Niederträchtigkeiten vorgekommen, wie die jetzt erwähnten. Außerdem aber wurde bei mehreren dieser Fälle mit Recht gefragt, wie es möglich war, daß diese Dinge nicht zur Kenntnis der Vorgesetzten kamen. Endlich war in einigen Fällen sogar ein unrichtiges Verhalten der Kompagniechefs konstatiert, das zum mindesten geeignet war, in den Unteroffizieren falsche Ansichten und Zweifel an der Gesinnung des Vorgesetzten zu erwecken.

Keineswegs hat es an Verordnungen von Allerhöchster Stelle, die von Zeit zu Zeit allen Vorgesetzten vorgelesen werden, gefehlt, ebenso kann man sagen, daß der beste Wille in dem allergrößten Teil der Vorgesetzten zur Bekämpfung von Mißhandlungen herrscht. — Dieser äußert sich nicht nur durch strenge Strafen, Aufhebung von Kapitulationen u. s. w., sondern auch in vielen Truppenteilen durch das sehr alte Verbot, den Mann beim Einzelexerzieren anzufassen, ja sogar durch den Befehl, stets fünf Schritte von ihm entfernt zu bleiben.

Und dennoch! Es ist einzugestehen, daß noch nicht in allen unseren Offizieren die Ueberzeugung von der absoluten Schädlichkeit der Mißhandlungen fest genug sitzt. Ist diese Ueberzeugung in Allen mit voller Bestimmtheit vorhanden, so werden sie dieselbe auf die Unteroffiziere übertragen. Diese und jeder andere Untergebene müssen wissen, daß die geringste tätliche Ausschreitung zur Meldung und kriegsgerichtlichen Behandlung gebracht wird. —

Die Schule schon aber muß darauf einwirken, daß dem Knaben der Stand des Wehrmannes als mit dem persönlichen Ehrgefühl untrennbar verbunden geschildert wird. Das Ehrgefühl muß sein zweites Evangelium werden und kann ganz wohl eine ganze Anzahl Stellen aus der alten Testamentsgeschichte, welche der Knabe auswendig lernen muß, zum Gewinn von Zeit fortgelassen werden. Kommen diese Momente zusammen, so werden sich die Mißhandlungen vermindern, ganz verschwinden werden sie nie, denn immer wird es rohe und despotische Vorgesetzte und widerwillige, bösartige Elemente unter den Untergebenen geben. —

Der Mann von Ehrgefühl wird den Mut der Beschwerde, ohne daß man ihn in der Truppe dazu anzuspornen braucht, unbedingt finden. Schwebt ihm freilich der Kompagniechef nur als der gefürchtete Tyrann war, so wird er sich nicht heranwagen, aber dieser soll ihm, was die Fremden 1870 so sehr an uns anerkannten und hervorhoben, zugleich ein Vater sein.

Bei der Kompagnie, in der ich 1852 als Musketier eintrat, sangen die Leute:

Es lebe lang zu unserem Heil
Der Kapitän von Fehrentheil.
Ein Vater ist er uns und Freund,
Da er's mit uns so herzlich meint. —

Und wie sind uns unsere Leute in den großen Kriegen gefolgt! Dazu gehören Disziplin, gerechte Strenge, aber auch Zutrauen und Liebe der Mannschaft. —

Zur Bekämpfung der Mißhandlungen sind nun von berufener und unberufener Seite eine Unmenge Vorschläge gemacht worden. Ich habe sie in der „Täglichen Rundschau" sämtlich besprochen und die Unausführbarkeit der meisten Vorschläge ausführlich dargetan. So z. B. ist die Beaufsichtigung des inneren Dienstes durch Offiziere schon in einer Weise auf die Spitze getrieben, daß Ueberanstrengung und Mißmut die Folge sind.

Die Verantwortung des Vorgesetzten kann doch nur in Fällen stattfinden, in denen ihn ein Verschulden wirklich trifft, denn er kann zu keiner Tageszeit durch Mauern hindurch-

Digitized by Google

sehen. — Will man ihn für jede vorkommende Mißhandlung verantwortlich machen, so verführt man leicht zur Unterdrückung der Beschwerden.

Unsere Beschwerdevorschriften sind absolut ausreichend und vereinen den Standpunkt der Gerechtigkeit mit dem der durchaus nötigen Aufrechterhaltung des Mannszucht. Der Weg, daß der Mann direkt beim Kompagniechef seine Beschwerde anbringen soll, ist einfach und zweckmäßig. (Verordnung von 1895.) Dieser ist verpflichtet, ihn vor jeder Chikane des Verklagten zu schützen. Eine Versetzung kann nur in ganz dringenden Fällen beantragt werden. Sie ist ein zweischneidiges Schwert. —

Man erblickt einen Mangel an Disziplin darin, daß nach so vielen Verordnungen die Mißhandlungen nicht gänzlich aufhörten. Lieber Himmel, hören denn die Insubordinationen und jede Art von Verbrechen infolge der Strafgesetze auf? Kann man menschliche Leidenschaften, Bosheiten, Nachlässigkeiten jemals ganz beseitigen? Die Sozialdemokratie wolle doch erst die infamen Bedrückungen und Mißhandlungen Arbeitswilliger abschaffen, ehe sie und ihre ideologischen Mitläufer die Armee als eine Prügelanstalt hinstellen und uns vor dem Auslande herabsetzen.

Aber selbstverständlich gilt es vor Allem um der Gerechtigkeit willen und der Aufrechthaltung von Lust und Liebe zum Heere, diese Ausschreitungen möglichst zu bekämpfen und zu vermindern.

Die Beurteilung der Zustände in der Armee und der grenzenlosen Verwirrung, die in vielen Kreisen herrscht, wird klarer hervortreten bei kurzer Erwähnung und Beleuchtuug einiger in letzter Zeit in der Armee vorgekommenen Ereignisse. —

Mörchingen.

Mörchingen ist eine kleine, von Truppen vollgepfropfte lothringische Stadt, in der die Offiziere, gleich den kleinen Garnisonen in Posen und an der russischen Grenze, wenig geistige Anregung finden und daher leicht dem Spiel- und Trinkteufel verfallen. Nach dem Festessen am Geburtstage des Kaisers sitzt eine große Anzahl Offiziere noch beim Schoppen zusammen und

Digitized by Google

fröhnt dem jetzt üblichen, nach Weingenuß durchaus verkehrten Biergenuß. Ein zwischen zwei Brüdern, einem Militärarzt und einem Oberleutnant, sitzender Hauptmann ist angetrunken und will mit seinem Glase Unfug treiben. Die beiden Brüder halten ihm die Hände fest. Der Hauptmann versteht dies falsch, wird zornig und versetzt dem Militärarzt eine Ohrfeige. Er verläßt den Speisesaal, geht zu Hause und legt sich zu Bett. Der Militärarzt, ein Familienvater, sendet 2 Zeugen mit einer Forderung an den Hauptmann. Der Bruder des Militärarztes aber begiebt sich zu gleicher Zeit zu dem Hauptmann, und als dieser auf Verlangen vor den drei Herren erscheint, schießt ihn der Oberleutnant nieder. Als Motiv der Tat giebt er an, er habe seinen Bruder vor der möglichen Tötung durch den Hauptmann im Duell bewahren wollen. Die Sache ging nach mehrfacher Berufung an das Reichsmilitärgericht, und schließlich wurde der Oberleutnant zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Militärgericht hatte ohne Ansehen der Person und ohne falsche Rücksicht auf Kameradschaft gerecht und gesetzmäßig geurteilt. Aber, von einer ganz unrichtig angebrachten Sentimentalität geleitet, nahm die öffentliche Meinung größtenteils für den Täter Partei und griff das Urteil vielfach an, wozu die neuerdings eingetretene Befehdung des Duells beitrug. —

Gumbinnen. Am 21. Januar 1901 wurde der Rittmeister von Krosigk, während er beim Reitunterricht zugegen war, in der Abendstunde durch einen Karabinerschuß getötet, der durch ein Guckloch der die Reitbahn umschließenden Bande abgegeben war.

Krosigk war wegen mehrfacher Mißhandlungen Untergebener bestraft und von seinem alten Regiment in das in dortiger Gegend stehende Dragonerregiment versetzt worden. Er hatte erst die in Stallupönen stehende Schwadron. Dort wurde ihm eines Tages in die Fenster geschossen, und die Polster seines Wagens zerschnitten. Er wechselte mit seiner Schwadron in dem dort wegen örtlicher Verhältnisse stattfindenden regelmäßigen Turnus und bezog den Standort Gumbinnen. Klagen wegen Mißhandlungen sind in jener Zeit keineswegs eingegangen, und sollen auch solche nicht vorgekommen sein, dagegen hatte der Rittmeister einen Dienstbetrieb eingeführt, welcher durch seine

Digitized by Google

Uebertriebenheit Unteroffiziere und Leute gleichmäßig aufbrachte. Auch hat er die Unteroffiziere nicht passend behandelt und den Unteroffizier Marten, den Sohn eines alten, mit Ehren gedienten Wachtmeisters, kurz ehe er (der Rittmeister) erschossen wurde, absitzen und einen Rekruten dessen Pferd besteigen lassen, um es vorzureiten, eine das Ansehen des Unteroffiziers verletzende Handlungsweise. Der Verdacht lenkte sich auf diesen Unteroffizier, einen erwiesen jähzornigen Menschen, und den Sergeanten Hickel als Helfershelfer. Beide wurden verhaftet. Marten entfloh aus dem Untersuchungsarrest, stellte sich dann aber, da er nicht wußte, wohin er sich wenden sollte, wieder ein. Die Verdachtsgründe waren ganz dringend, doch sprach das Gericht erster Instanz Beide frei, da es den Beweis der Schuld an dem Morde nicht als vollkommen geführt erachtete, und verurteilte Marten wegen Fahnenflucht zu mehrmonatlicher Festungshaft und Degradation. Der Gerichtsherr (Divisionskommandeur) legte Berufung ein. Hickel wurde in Haft behalten, wogegen sein Verteidiger, ein Rechtsanwalt, Verwahrung erhob, auch sofort Zeitungsartikel über den Fall veröffentlichte. Die Meinungen über die Gesetzlichkeit dieser Maßregel waren geteilt, doch wurde sie sofort dahin ausgebeutet, daß der Gerichtsherr gesetzwidrigen Einfluß auf das Oberkriegsgericht ausüben wollte, was um so törichter war, als der Gerichtsherr des Oberkriegsgerichtes der kommandierende General ist. Dieses nahm nun den Schuldbeweis als geführt an und verurteilte Marten zum Tode. Wegen eines Besetzungsfehlers des Gerichtes aber wurde Revision eingelegt, und wies das Reichsmilitärgericht die Sache an das Oberkriegsgericht zurück. Dieses sprach unter anderer Besetzung Marten und Hickel wegen nicht vollständig geführten Beweises frei. Doch bemerkte der Präsident ausdrücklich, daß nicht viel zum vollständigen Beweise gefehlt hätte. Nach diesem Urteilspruch will ich meine Ueberzeugung von der Schuld oder Nichtschuld der beiden Angeschuldigten nicht aussprechen. Aber die einzige naturgemäße Empfindung konnte doch nur die des Bedauerns sein, daß der Mord an dem Rittmeister ungesühnt blieb. Denn daß nur ein Mitglied der Schwadron ihn ausgeführt haben konnte, darüber war kein Zweifel. Was aber sahen wir? Eine Ueberschüttung des fahnen-

flüchtigen und degradierten Unteroffiziers Karten mit Gratulationen, mit Geldsammlungen, mit Verehrungsbezeugungen aller Art. Als ein Triumph der Volksstimme über die Militärgerichtsbarkeit wurde diese Freisprechung gefeiert. Auf der Friedrichsstraße in Berlin sah es aus, als wenn ein nationaler Sieg erfochten worden wäre. — Eine solche Verwirrung des einfachsten gesunden Gefühls war durch die tendenziöse Hetzerei gegen das Offizierkorps und die Militärgerichtsbarkeit angerichtet worden.

Nun aber gerechter Weise die Kehrseite der Medaille. Der erschossene Rittmeister ist ein Beispiel, daß eben jene von uns als unumgänglich notwendig betrachtete Ueberzeugung von der Schädlichkeit der Mißhandlungen nicht in allen Offizieren zu finden ist.

Solche Herren zu halten hat stets große Bedenken. Eine außergewöhnliche Beaufsichtigung ist geboten. Keine Sorte von Rücksicht darf die nötige Strenge in ihrer Behandlung vermissen lassen. —

Der Meuchelmord hat unzweifelhaft eine symptomatische Bedeutung, denn er konnte nicht ohne Beihilfe vollzogen werden, noch mehr aber die oben geschilderte Stimmung des Publikums. —

Essen. Der Fähnrich zur See Hüssener, Sohn eines Fabrikanten, sieht eines Abends in Essen auf der Straße den Kanonier Hartmann, Sohn eines Essener Gasthofbesitzers daselbst, in angetrunkenem Zustande in Begleitung des Studenten Lütscher im Begriff in ein Wirtshauslokal einzutreten. Er hält sich für verpflichtet, den Hartmann zur Polizeiwache zu bringen. Allerdings war er dazu keineswegs verpflichtet, wenn man aber ermißt, daß Hartmann — der schon mit seinem Begleiter aus einem Lokal herausgewiesen worden war —, wie später festgestellt wurde — sich und seinen Rock in der Trunkenheit in der Oeffentlichkeit kompromittieren konnte, ist das Verhalten des Hüssener unmöglich zu tadeln. Hartmann folgt auch der Aufforderung des Hüssener und geht in Begleitung des Lütscher eine Strecke mit, reißt sich dann aber los, indem er Hüssener einen Stoß versetzt, daß derselbe zur Seite fliegt, und entflieht. Hüssener verfolgt ihn mit gezogener Waffe, indem er ihm

Digitized by Google

mehrere Male zu halten befiehlt. Als dies nicht geschieht, sticht er zu und verletzt den Hartmann derart, daß er sofort den Geist aufgibt. So ist der einfache Hergang der durch nicht weniger als vier gerichtliche Verhandlungen und Entscheidungen festgestellten Straftat.

Hüssener hat nun gleich nach seiner Arretierung und auch später vor Gericht Aeußerungen getan, die darauf hinausliefen, daß er nicht nur aus Machtvollkommenheit des Vorgesetzten zur Erzwingung des Gehorsams, sondern auch, weil er seine militärische Ehre durch den erhaltenen Schlag verletzt glaubte, derart gehandelt habe. Dieser Grund ist natürlich null und nichtig, und haben die Gerichte daher auf ihn mit Recht nicht die mindeste Rücksicht genommen*). Es handelte sich einfach darum, ob der Waffengebrauch nach § 124 des Militärstrafgesetzbuchs gerechtfertigt war. Derselbe gestattet den Gebrauch der Waffe im Falle der äußersten Not und Gefahr, um sich Gehorsam zu verschaffen. — Dieser Fall lag nun allerdings nicht vor. Hartmann floh. Hüssener mußte ihn zu fassen suchen. Widersetzte er sich dann tätlich, so war er zum Gebrauch der Waffe voll berechtigt.

Der Fall war nun freilich geeignet, das menschliche Gefühl aufzuregen, da man nicht verlangen kann, daß jedermann die militärischen Verhältnisse und Gesetze sofort übersieht. Man sah nur die Vernichtung eines jungen Menschenlebens um einer Sache willen, die man als eine Bagatelle betrachtete, man versetzte sich in das elterliche Gefühl. Die fatalen Nebenumstände: der Stich im Rücken eines Fliehenden trugen dazu bei, die Aufregnng zu steigern. Da war es dann wieder die Sozialdemokratie und die bürgerliche Demokratie, die den Fall hetzerisch ausbeuteten, indem sie sofort erklärten, die Tat wäre die einfache Folge der militärischen Gesetzgebung und des falschen Ehrbegriffes des Offizierstandes. Diese also müßten

*) Die Ansicht, daß ein versetzter Schlag, dem man außer Stande ist, mit der Waffe entgegenzutreten, die Ehre verletze, zum Abschied nötige, hat niemals Geltung in der preußischen Armee gehabt, es sei denn, daß der Offizier durch sein falsches Verhalten selbst die Beleidigung herbeigeführt habe.

Digitized by Google

den eigentlichen Angriffspunkt bilden. Daß auch das beste Ding falsch angewendet werden kann, wurde natürlich nicht beachtet. — Dazu kam nun noch, daß Hüssener als ein eingebildeter, auf seine Stellung pochender, jähzorniger, unbeliebter Mensch auch von einem Teil seiner Kameraden — nicht von allen — geschildert wurde.

Aus allen diesen Gründen konnte es nicht wundernehmen, daß die Sache eine sehr ungünstige Beurteilung in der Presse erfuhr. Aber die Verwirrung der Anschauungen, die Aufhetzerei und blinde Voreingenommenheit überschritten dabei alles Maß. Ehrloser Verbrecher, Meuchelmörder, „der Glied für Glied zerstückt werden müßte" waren einige der Ausbrüche, die man immer wieder hörte. Die Marinebehörde hätte schon längst ein solches Subjekt entfernen müssen, wurde gefordert u. s. w. Dabei wurde mit keiner Silbe erwähnt, daß Hartmann durch seinen unwürdigen Zustand und durch seine Widersetzlichkeit doch den Anlaß zu der ganzen Katastrophe gegeben hatte. — Der Reichstag konstituierte sich sofort als oberster Gerichtshof, und verurteilten die Redner der Linken und des Zentrums unter den heftigsten Schmähungen der Person, Wiederholung der schiefsten Anschauungen, unter dem ganz und garnicht passenden Vergleich dieses Falles mit dem Fall Brüsewitz und Verdammung des Systems das Verhalten des Hüssener. Eine ganze Anzahl falscher Tatsachen wurde angeführt, das Verbot des Waffentragens gefordert ꝛc. — Die Regierung hätte besser getan, einfach auf die eingeleitete Untersuchung zu verweisen. — Wir fragten damals in der Täglichen Rundschau mit Recht, ob sich eine stärkere Beeinflussung des Gerichts denken lasse, als diese Verhandlungen, und ob es Gerechtigkeit sei, einen Menschen vor Feststellung aller Umstände als Mörder zu bezeichnen. So wurde eine Aufregung in das Land getragen, die an blinden Fanatismus grenzte, und in welcher jeder ruhig denkende und den Fall mit wahrem Gerechtigkeitsgefühl Betrachtende mit Schmutz beworfen und niedergeschrieen wurde. Natürlich war der Fall Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie. Etwas Besseres konnte sie sich gar nicht wünschen, denn hier war ein gemeiner Soldat getroffen worden und die Aufhetzung fand das gefährlichste Gebiet.

Digitized by Google

Das Marinegericht erknnnte nach dem § 123 auf 4 Jahre 1 Monat Gefängnis und Degradation.

§ 122 enthält die Strafe für ein Schlagen oder Stoßen eines Untergebenen.

§ 123 spricht von einer durch Mißhandlung herbeigeführten schweren Körperverletzung, bezw. mit Todesausgang, und sagt im letzten Absatz: „Ist durch die Körperverletzung der Tod des Untergebenen verursacht, so tritt Zuchthaus nicht unter 3 Jahren, in minder schweren Fällen Gefängnis oder Festungshaft nicht unter 1 Jahr ein."

Das Gericht erster Instanz nahm also schon einen minder schweren Fall an, und es war gerade diese Annahme, welche die Menge Derer entrüstete, die eben die Aufrechthaltung der Disziplin für überflüssig erachten oder sie untergraben wollen, oder endlich sich nur dem traurigen Eindruck der Tötung eines Fliehenden hingeben. Die öffentliche Ankläger hatte 6 Jahre Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere beantragt. — Der minder schwere Fall ist aber mit Recht angenommen, weil Hüssener sich einer Widersetzlichkeit des Untergebenen gegenüber befand. — Sowohl der Gerichtsherr wie auch Hüssener legten Berufung ein, das Obermarinegericht erkannte nun aber nur auf 2 Jahre und 7 Monate Festungshaft, sah auch von der Degradation ab. Das Gericht nahm an, daß Hüssener tatsächlich einen Stoß erhalten habe, als sich Hartmann zur Flucht wandte, und also berechtigt gewesen sei, die Waffe zu ziehen und zu gebrauchen; daß dagegen kein Notstand bestanden habe, als er den Fliehenden verfolgte.

Dies Urteil erregte nun einen neuen Entrüstungssturm, da jede ruhige Prüfung bei Seite geworfen wurde. Das Urteil wurde geradezu „unfaßbar" genannt, „unfaßbar", daß ein „ehrloser Mörder" nun auch ferner den Marinerock tragen solle u. s. w. Daß Hüssener in gutem Glauben gehandelt habe, und daß es für jedermann sehr schwer ist, in einer solchen Sache ganz klar nach dem Buchstaben des Gesetzes zu verfahren, davon war keine Rede. Man hörte nur die Stimme des Hasses und der Rachsucht und nicht eine Spur des gerechten Gefühls, doch auch den Merkmalen der Verteidigung nachzugehen, konnte man

Digitized by Google

bemerken. — Der größte Unsinn wurde dabei produziert, so z. B. der Satz eines großen südwestdeutschen Journals, wenn diese Art, die Disziplin zu sichern, Methode würde, „dann würde der Frieden unter Umständen ebensoviel Opfer fordern als ein blutiger Krieg.“

Dem gegenüber seien einige Worte eines Artikels der Basler Zeitung Nr. 184, der von einem Milizoffizier verfaßt ist, über diesen Vorfall zitiert:

„Es ist ein eigentümlich Ding, die öffentliche Meinung, wie sie sich in der deutschen Presse wiederspiegelt. Als im Januar 1901 in Mörchingen der Oberleutnant Rieger den Hauptmann Adam in dessen Wohnung niederschoß, um ein Duell zu verhindern, bedauerte die öffentliche Meinung den „ritterlichen“ Mörder, der die einzig ihm bleibende Möglichkeit verschmähte, eine Art ehrenden Andenkens bei allen anständigen Menschen zu gewinnen, und es vorzog, hinter die Mauern des Zuchthauses von Ensisheim zu wandern. Als im nämlichen Jahre in Gumbinnen wider zwei Dragonerunteroffiziere verhandelt ward, von denen nach Ansicht aller vorurteilsfreien Leute wenigstens der eine der Mörder seines Schwadronschefs war, forderte die öffentliche Meinung die Freisprechung beider Leute. Als heuer die Tat Hüsseners bekannt wurde, verlangte die deutsche Presse, man darf sagen einstimmig, die härteste Bestrafung des dummen Jungen, der, wie man nun weiß, wirklich der festen Ansicht war und auch sein konnte, er habe richtig gehandelt. Welcher Berg von Lügen wurde nicht aufgehäuft, um den Angeklagten ins Zuchthaus zu bringen! Keine Gnade, hieß es; ausgestoßen soll er sein fürderhin aus der menschlichen Gesellschaft.

So blind handelt die öffentliche Meinung in dem angeblich gebildetsten Lande der Erde, die nämliche öffentliche Meinung, die sich schaudernd abwendet von den Morden in Kischinew und den Lynchereien in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und die doch dem alten Mütterlein gleicht, das ein Reisigbündel zum Scheiterhaufen für den Ketzer mit zitternden Händen herbeischleppt. Auch für diese öffentliche Meinung gilt das Wort des sterbenden Huß: O sancta simplicitas!“

Digitized by Google

Derart urteilt ein Blatt der freien Schweiz, des republikanischsten Landes der Welt. —

Der Gerichtsherr beantragte Revision. Das Reichsgericht wies die Sache, wie bei Marten, an das Oberkriegsgericht zurück, weil das Urteil sich nicht deutlich über die Willensrichtung des Angeklagten bei Begehung der Tat, insbesondere über den Dolus eventualis ausgesprochen hätte. — Ja, dieser dolus eventualis, den wir mit Tausenden für eine juristische Spitzfindigkeit halten, spielte nun auch hier seine Rolle, aber ohne Erfolg, denn Hüssener erklärte in der nunmehr stattfindenden vierten Verhandlung — und man kann ihm darin glauben —, daß ihm die Absicht der Tötung fernlag, sondern daß er die Waffe gebrauchen wollte, um den Gehorsam zu erzwingen, wozu er in diesem Moment (siehe oben) allerdings noch nicht berechtigt war.

Das Obermarinegericht blieb, obgleich unter anderer Besetzung, bei dem früheren Urteil stehen. Der Entrüstungssturm wiederholte sich und richtete sich abermals mit aller Schärfe gegen das Gesetz über den Waffengebrauch, das solchen Taten die Tür öffne. — Der Paragrach 124 des Militär-Straf-Gesetzbuches stellt nun auch schon eine Milderung gegen die bis 1872 in Kraft gewesene Strafbestimmung dar. Dieser Paragraph ist absolut nicht zu entbehren. Denn wir fragen: Was soll der Vorgesetzte bei hartnäckiger Verweigerung des Gehorsams mit tätlicher Widersetzlichkeit tun? Wenn er die Waffe nicht gebrauchen darf, bleibt ihm nur Zweierlei übrig. Entweder er zieht unter dem Hohngelächter des widersetzlichen Untergebenen ab, und das Vergehen bleibt ungesühnt, oder er ringt und prügelt sich mit dem Untergebenen, wobei er vielleicht unterliegt. Aber, erwidert der humanisirende Ideologe, es ist besser, daß ein militärisches Vergehen ungesühnt bleibe, als daß vielleicht ein Menschenleben verloren gehe. Wenn der Ideologe doch nur imstande wäre, sich die Logik seiner Ansicht zu vergegenwärtigen. Die Erfahrung von Jahrhunderten zeigt uns den schlechten Elementen gegenüber, die sich in jedem Heere vorfinden, eine allgemeine Erschütterung der Disziplin, wenn diese Elemente nicht wissen, daß im äußersten Fall der Gebrauch

Digitized by Google

der Waffe hinter dem Befehl des Vorgesetzten steht. Die allgemeine Erschütterung der Disziplin aber bedeutet die schwersten Ausschreitungen, die sich eben so gut gegen den Bürgerstand, wie gegen die Vorgesetzten richten können; er bedeutet aber in jetziger Zeit den endgültigen Sieg der Sozialdemokratie.

Von einem Verzicht auf den Paragraphen 124 oder seiner Abschwächung darf daher nun und nimmermehr die Rede sein. Das Schlimmste ist, daß bürgerliche Blätter der Sozialdemokratie die prächtigsten Handlangerdienste darin leisten. So schrieb ein großes westdeutsches Blatt den Unsinn nieder, daß der Unterschied zwischen bürgerlicher und militärischer Moral aufhören müsse. Einen solchen gibt es nicht, wohl aber einen Unterschied zwischen militärischen und bürgerlichen Verhältnissen. — Im übrigen befindet sich der Paragraph 124 auch insofern im Einklang mit den bürgerlichen Gesetzen, als in vielen Fällen der Widersetzlichkeit auch die Notwehr Platz greifen wird. —

Daß die öffentliche Meinung (d. h. die der Demokratie) mit zweierlei Maß mißt, das kann man daraus erkennen, daß die Erkenntnisse bürgerlicher Gerichte (wenn sie nicht gerade gegen Sozialdemokraten ergehen), mögen sich noch so milde sein, keinen Anfechtungen unterliegen. Die mildernden Umstände werden da in der Regel sofort anerkannt vielleicht mit Ausnahme des Falles Dippold. Warum wurden denn bei Hüssener nur die belastenden herausgesucht? —

Würde man denn von jeder Messeraffäre auf die Verderbnis des Arbeiterstandes und der von der Sozialdemokratie ausgeübten Herrschaft schließen? —

Breidenbach.

Das ist ein Fall, an dem nichts aufgebauscht zu werden braucht, um in jedermann, mag er Soldat oder Zivilist sein, den gerechtesten Ingrimm zu erregen und die Frage hervorzurufen: Wie ist so etwas möglich? In meiner gesamten Dienstzeit von 1852 bis 1890, in der ich 10 Jahre Untersuchungsführender Offizier, viele Jahre Gerichtsherr war und unzähligen Militärgerichtsverhandlungen beiwohnte, habe ich etwas Derartiges

Digitized by Google

nicht erlebt. Und leider sind einige andere ähnliche Fälle in neuerer Zeit zu verzeichnen. Unteroffizier Breidenbach hatte sich lange Zeit hindurch ununterbrochener Mißhandlungen an seinen Untergegebenen schuldig gemacht und den Leuten jede Meldung darüber streng verboten. Er wurde mit 8 Jahren Gefängnis und Degradation eigentlich noch zu milde bestraft, da sich einer seiner Untergebenen das Leben genommen hatte. Der Kompagniechef hatte den unfaßbaren Fehler begangen, seinen Unteroffizieren zu sagen, sie möchten nicht so viele Meldungen um Kleinigkeiten machen, da er sonst so viel strafen müsse, sondern sich selbst helfen. Es war das Unrichtigste, was er machen konnte, und Breidenbach legte sich das auf seine Weise aus. Solche Fälle haben allerdings auch eine symptomatische Bedeutung, weisen auf die Zusammensetzung des Unteroffizierkorps hin, stehen aber außer allem Zweifel mit dem Geist des Terrorismus und der Verrohung in Verbindung, der sich in den niederen Volksklassen bemerklich macht. Sie rechtfertigen scharfes außergewöhnliches Einschreiten. Hierin sind alle Parteien einig.

Reichardhausen in Baden.

Ein ganz anderes Bild. Während des Manövers verabreden sich 4 Grenadiere, einigen Unteroffizieren aufzulauern, ziehen sich Zivil an und verüben an 2 Abenden Angriffe auf Unteroffiziere, wobei der Stock gebraucht wird. Sie wurden, und zwar der Rädelsführer zu 10, zwei andere zu 6 und der vierte, der mit im Komplott gewesen, dann aber nicht teilgenommen an der Ausschreitung, zu 3 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Als die Richter aus dem Gerichtslokal traten, wurden sie von einem nach Tausenden zählenden Mob mit Gejohle, Pfeifen und dem Ruf „Hoch Hüssener" empfangen. In der ganzen Stadt wurde das Urteil angeschlagen, und eine große Entrüstung und Erregung gab sich kund. Durch alle demokratischen Zeitungen las man Entrüstungsartikel über das „Bluturteil" (ein lächerlicher Ausdruck!) von Heidelberg. Für einen „Manöverstreich" in der „Manöverlaune", hieß es, 26 Jahre Gefängnis. — Selten wohl hat sich politische Unreife, Mangel an Verständnis

für die Wichtigkeit der Aufrechthaltung der Disziplin, und endlich böswillige Hetzerei schärfer gezeigt, als in diesem Falle. Bei dem Essener Vorfalle konnte man dem menschlichen Gefühl Manches zu Gute halten, hier aber wo Soldaten in Gemeinschaft mit einem Zivilisten Vorgesetzte, die sie schützen sollen, gemeinschaftlich überfallen und der Tatbestand der Meuterei klar vorliegt, solches Verhalten! Man könnte sich in einem Narrenlande glauben, wenn nicht konservative und gemäßigte Zeitungen gegen dies Gebahren Front gemacht hätten. Wie denkt man sich denn eigentlich die Aufrechthaltung der Disziplin? Mit welchen Mitteln soll sie denn erfolgen? Ganz klassisch ist auch der Ausdruck „Manöverstreich“ und „Manöverlaune“. Als ob man im Manöver eine andere Disziplin haben könnte wie in der Garnison! Jeder erfahrene Soldat weiß, daß man die Zügel im Manöver und im Kriege straffer anziehen muß als in der Garnison. Dabei ist unser militärisches Strafgesetz, wie ich in Nr. 463 der Täglichen Rundschau nachwies, milder als die meisten anderen! — Wenn nun auch ein Fall spezieller sozialdemokratischer Aufhetzung hier nicht vorläge, so ist es doch klar, daß die jahrzehntelang betriebene allgemeine Aufhetzung gegen unser System und die Klassen der Vorgesetzten, wie sie in Presse und Versammlungen stattfindet, den Respekt vor den Vorgesetzten zu ertöten geeignet ist und zu solchen Ausschreitungen verführen muß. In der Berufungsinstanz wurde der Rädelsführer mit 7 Jahren Zuchthaus bestraft.

Erwägt man nun die im Dresdener Parteitage ausgesprochene Absicht, noch fester und rücksichtsloser vorzugehen, die Zuversicht, mit welcher der Diktator von dem Wanken der Armee spricht, die in mehreren sozialdemokratischen Versammlungen in Elbing, Charlottenburg ausgesprochene Absicht, die Rekruten gebührend aufzuklären über die Pflicht eines Einschreitens gegen ihre Brüder, die Beschimpfung und Herabwürdigung des Unteroffizierkorps im Hamburger „Echo“ und anderen sozialistischenBlättern, so ist man berechtigt, auf die Gefahren hinzuweisen, die durch die sozialistische Aufhetzung und den Unverstand vieler Kreise dem festen und einzigen Bollwerk des Staates drohen. —

Digitized by Google

Ueber die neuesten Militärromane und Bühnenstücke.

Unter diesen sind zu nennen die Dramen „Rosenmontag" und „Zapfenstreich", die Romane „Sedan oder Jena" und „Aus einer kleinen Garnison." Sie alle können zum mindesten ihren inneren Zusammenhang mit der von der Sozialdemokratie inszenierten Strömung gegen die Armee, speziell das Offizierkorps, nicht verleugnen; ebensowenig das Bedürfnis, den neuen Stoff möglichst sensationell auszubeuten, dem größtenteils von der Sozialdemokratie beherrschten oder beeinflußten Demos durch die Gegenüberstellung der niederen Klassen — als der Vertreter der Tugend — und der höheren zu schmeicheln, das angebliche Standesvorurteil der Offiziere im Konflikt mit der reinen Menschlichkeit möglichst schroff hinzustellen und neben wenigen Lichtgestalten die angeblich korrumpierten Zustände des Offizierstandes um so schärfer hervortreten zu lassen. Und so haben die Bühnenstücke, vor Allem „Zapfenstreich", eine ungemein aufreizende Wirkung. Ueber den künstlerischen Wert der drei erstgenannten Sachen wollen wir uns hier nicht äußern, sondern nur noch erwähnen, daß die in „Sedan oder Jena" dargelegten Ansichten über die Ausbildung und Feldtüchtigkeit der Armee auf einer ganz kurzen Diensterfahrung und gänzlich unreifen Anschauungen beruhen. Am meisten Staub aufgewirbelt hat der letztgenannte Roman „Aus einer kleinen Garnison." Dieses auf einer äußerst niedrigen künstlerischen Stufe stehende Machwerk ist — im Gegensatz zu der Urteilsbegründung des Kriegsgerichtes sei es gesagt — ein Pamphlet in des Wortes schlimmster Bedeutung. Der Verfasser, Leutnant Bilse, will die Zustände in dem Trainbataillon zeichnen, in welchem er gestanden und sich angeblich über Ungerechtigkeiten zu beklagen gehabt hat. Er verlegt sie in ein Kavallerieregiment. Die Zeichnung der Personen — auch körperlicher Unschönheiten und Schwächen — war derartig, daß der Verfasser unter die Anklage der Beleidigung von Vorgesetzten gestellt und zu 6 Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt wurde. In der öffentlichen Gerichtsverhandlung stellte sich nun ein Teil der romanhaft ausgeschmückten Dinge, durchaus nicht Alles, als wahr heraus. Sofort ging durch alle Blätter die Behauptung,

es sei Alles erwiesen, was in dem Roman erzählt worden sei. Wir stellen hiermit ganz ausdrücklich fest, daß diese Behauptung unwahr ist. Die vollständige Beherrschung des Kommandeurs durch die Gattin eines Hauptmanns beruht auf Vermutungen und höchstens auf Indicien. Betreffs seines Ver- Verhaltens in einer Ehrensache ist er vom Ehrengericht freigesprochen; es ist ein Ehebruch als erwiesen angesehen, nicht drei. Die Fahnenflucht eines Offiziers, der eine untreue Gattin entführt, die er und sodann sich selbst erschießt, ist reine Erdichtung, wie viele andere in dem Roman geschilderte Ereignisse. Die beiden einzigen ehrenhaften und verständigen Offiziere verlassen, wie auch in „Jena oder Sedan“, aus Widerwillen gegen diese Wirtschaft den Dienst. Wenn wir nun auch hiermit feststellen, daß die wirklichen und erdichteten Vorgänge im Publikum durcheinander geworfen werden und somit ein ganz mormonenhaftes Bild der Zustände im besagten Trainbataillon sich in der öffentlichen Meinung festgesetzt hat, so ist die Wirklichkeit immerhin schlimm genug, wobei wir vor allem auch die mehrfach festgestellten Dienstvernachlässigungen rechnen müssen.

Das Allerschlimmste aber besteht darin, daß sich ein Offizier fand, der, anstatt gegen die bemerkten Mißstände beim Ehrenrat aufzutreten oder eine sachliche Schrift zu schreiben, aus Rach- und Schmähsucht — wie die Basler Zeitung sehr richtig sagt — ein solches Pamphlet — ja wohl Pamphlet — in die Welt schickte, womit er unseren erbittersten Gegnern eine neue Handhabe gab, die Gemüter in die Irre führte, seine Kameraden in ihrem Privatleben denunzierte, das Heer und Vaterland vor dem Ausland herabsetzte. Ja, man kann Uebelstände aufdecken, ich selbst habe das in meiner Schrift die „Notwendigkeit der zweijährigen Dienstzeit“ 1891 getan, jedoch nur sachlich, aber in das Privatleben hineinleuchten, daraus Sensationsromane, die Geld bringen, zusammenklexen, dafür habe ich keine Worte. — Die Verhandlungsführung erregte in vielen Punkten Erstaunen. Das Verfahren mancher Civilgerichte, in das Vorleben der Kläger und Zeugen bis in die entferntesten Zeiten und unbedeutendsten Vorgänge, bis in's Ehegemach

durchforschen zu lassen, die Seidel zu zählen, die der und jener getrunken, Gewissensfragen über Umgang mit „Mädchen“ zu stellen, den Zeugen Fragen über ihre körperlichen Eigenschaften vorzulegen ꝛc., wurde hier geradezu noch überboten.

Daß nun die demokratischen und sozialdemokratischen Blätter als willkommenes Futter über diesen Prozeß herfallen würden, mußte natürlich erwartet werden, daß sie es aber mit so großer Ungereimtheit thaten — darin bewiesen sie, daß der Haß und die böswillige Absicht blind machen können, oder daß sie sehr fest auf die Gedankenlosigkeit ihrer Leser bauten — wie gewöhnlich. So wurden denn flottweg die Vorkommnisse in Forbach dem „System“ und dem „Militarismus“, der den Menschen „nicht widerstandsfähig“ gegen solche Dinge mache, in die Schuhe geschoben. Die „unnatürliche Sonderstellung und die verkehrten Ehranschauungen des Offiziers“ seien die Ursache des Uebels u. s. w. Was alle diese Dinge mit menschlichen Schwächen und Leidenschaften zu tun haben, wie sie sich durch das Zusammentreffen einiger Personen in diesem Truppenteil, die zu Irrungen und Ausschweifungen neigten, ergeben hatten, kann der schärfste Verstand nicht ergründen. Die Behauptung kann nur auf's Neue dartun, was man Alles dem deutschen Volke heutzutage Gedrucktes vorsetzen kann. So stehen wir denn dem beschämenden Ergebnis des politischen Sinnes der Deutschen gegenüber, daß ein ganz miserabler und ein mittelmäßiger Roman im Stande waren, das Publikum aufzuregen und für große Enthüllungen verderblicher Zustände angesehen zu werden. Noch mehr! Bilse wurde als ein Märtyrer gefeiert, obgleich dieser „Märtyrer“ vor dem Kriegsgericht nur zu Ableugnungen seine Zuflucht nahm. Wir wollen hoffen, daß der ehemalige Einjährige und der ehemalige Trainleutnant baldmöglichst im Reichstage erscheinen und uns über die nötigen Heeresreformen belehren werden.

Wenn in den letzten Jahren so und so viele Rechtsanwälte wegen grober Verfehlungen, so und so viele Bankdirektoren und Bankiers wegen Betrug und Untreue verfolgt und bestraft wurden, hat jemand diese Stände für korrumpiert und faul erklärt? Ist es jemand eingefallen, die gesamte Judenschaft wegen des Stern'schen

Digitized by Google

Prozesses und desjenigen, in dem ein „berühmter" Sozialistenführer als Zeuge auftreten mußte, als einen Sumpfe verderbter Sinnlichkeit zu bezeichnen? — Aber auch der süddeutsche Partikularismus machte sich breit, und so erklärte ein bayerisches Blatt, in der bayerischen Armee könne es einen Fuchs, Borger u. s. w. nicht geben. Wenn es nicht so furchtbar ernst wäre, könnte man sich über das stupide Pharisäertum totlachen. Ein wahres „Pech" für die sozialdemokratische Presse war es, daß sie dabei nicht zugleich gegen das „ostelbische Junkertum" losgehen konnte. Wie schade! Es traten in jenem Prozeß nur westelbische Bürgerliche auf. Nicht dem „System", sondern eher einem Abweichen vom „System" könnte man einige Schuld an den Vorkommnissen beimessen, denn ohne alle symptomatische Bedeutung sind diese auch nicht für uns. Diese liegt darin, daß die Möglichkeit des Eindringens zersetzender Ideen in dies und jenes Offizierkorps in dem Prozeß hervortritt. Ob die Rede, welche die Romanfigur Borger an die von ihm verführte Frau über die Richtigkeit der Ehe und die erlaubten Abweichungen von der geraden Linie hält, nicht der Ausdruck einer Konfusion der Anschauungen ist, die vielfache Verbreitung in unserer Jugend und ganz besonders auch in der weiblichen Eingang gefunden hat, möchte ich glauben Und dies letztere ist besonders nicht zu unterschätzen, denn die biblische Legende von der Eva mit dem Apfel wird stets eine sehr beachtenswerte Bedeutung behalten. — Die in dem Roman an den Anordnungen des Kommandeurs geübte Kritik ist rein kadettenhaft, wo nicht kindisch, aber Dienstvernachlässigung, Klatsch und Spaltungen sind nicht zu verkennen. Genug, es fehlt das im Offizierkorps, was man den guten Geist nennt. Aehnliches hat sich schon manchmal in dem und jenem Offizierkorps ergeben, aber kaum in so widerwärtiger Gestalt. Denn immer muß festgehalten werden, daß das Offizierkorps verpflichtet ist — schon der Erhaltung der Disziplin und seiner Stellung wegen — das beste Beispiel zu geben. Man muß daher möglichst bestrebt sein, durch Zusammensetzung der Offizierkorps solche Zustände nicht wider Willen zu begünstigen; die Zusammensetzung aber ist beim Train fehlerhaft. Daß der Train eine wichtige Rolle im Kriege spielt, daß er ganz be-

Digitized by Google

sondere Schwierigkeiten bei der Mobilmachung überwinden muß, ist bekannt. Hinter den fechtenden Truppen herziehend, hat er die Mühseligkeiten des Krieges mit den anderen Truppen zu teilen; er entbehrt nicht des Gefühls erfüllter Pflicht, aber wer will andererseits leugnen, daß er der eigentlichen Kampfesfreude und des Kampfruhmes entbehrt? Und diesen Wunsch, sich im Felde zu bewähren, sich auszuzeichnen, muß jeder Berufsoffizier in sich tragen, sonst taugt er den Teufel nichts, wie der Große Friedrich sagte. Wird nun ein junger Mann, der diesen kriegerischen Ehrgeiz, diese Begeisterung in sich fühlt, mit Vorliebe gerade den Train wählen, um zu dienen? Wir halten es daher für einen Fehler, daß man den Trainbataillonen gestattet hat, Fahnenjunker wie die anderen Truppenteile anzunehmen.

Man hätte jedenfalls besser getan, das System der Ergänzung des Trainoffizierkorps durch Versetzungen zu diesem beizubehalten, aber — und das ist das Wesentliche! — nur von besonders tüchtigen und in jeder Beziehung zuverlässigen Kavallerie- und Artillerieoffizieren — denen man den Rücktritt in ihre Waffe nach Ablauf einer gewissen Zeit offengehalten hätte. Wir wissen, daß früher vielfach so verfahren worden ist, aber zum Prinzip ist es nicht geworden. Von sogenannten Strafversetzungen dürfte nun und nimmermehr die Rede sein. Man wird einwenden, daß man dadurch kein so fest geschlossenes Offizierkorps beim Train erzielen könnte wie bei den anderen Waffen. Wir halten dies für keinen Schaden, denn man würde anderen Uebelständen aus dem Wege gehen, und das Train-Offizierkorps würde in seiner Stellung nur gewinnen. Der Einwand, daß die zum Train versetzten, besonders tüchtigen Offiziere ihren Dienst dort nur ungern tun würden, ist hinfällig, wenn sie wüßten, daß die Versetzung eben eine Auszeichnung und keine Zurücksetzung sein solle. Die kampfesfreudigen Offiziere, die bei der Mobilmachung zu Ersatzbataillonen oder zu Besatzungstruppen kommandiert werden, müssen sich auch trösten und ihren Dienst tun.

Das Geschrei über die Schäden der kleinen Garnisonen ist übertrieben. Ein tüchtiger Kommandeur hat sein Offizierkorps dort besser in der Hand als in einer großen Stadt. Andere

Digitized by Google

Leute müssen auch mit kleinen Orten fürlieb nehmen. Auch im Innern des Landes gibt es kleine Garnisonen. Richtig ist, daß die Grenzgarnisonen die benachteiligten sind, wegen der weiten Entfernungen vom Innenlande, und der zu starken Belegung. Wir sind der Ansicht, daß nicht durch Offizierversetzungen, sondern durch Wechsel der Truppenteile hier am besten geholfen würde. Dies geschah auch früher wegen besonderer lokaler Verhältnisse. So wechselte in den fünfziger und sechziger Jahren die Infanterie der Garnison Posen alle vier Jahre.

Dem Offizierkorps besondere sittliche Schäden zuschieben zu wollen, während sie überall verbreitet sind, ist der Gipfel der Verkehrtheit und Ungerechtigkeit.

VIII.

Der Dresdener Parteitag und seine Folgen.

Man hatte nach dem in der Sozialdemokratie üblichen Ton und den vorangegangenen Drohungen Bebels Manches erwartet, aber dies Schauspiel in seiner ganzen Widerwärtigkeit hatte doch niemand für möglich gehalten. Dieser Rattenkönig von Beschimpfungen, Zweideutigkeiten, Eigennutz, Enthüllungen, Albernheiten und Kleinlichkeiten und endlich feigen Zurückweichens vor der Diktatur bewies, daß die Verhöhnung guter Sitten, die Verwendung von Lüge und Verleumdung, die Jahrzehntelang von der Sozialdemokratie betrieben worden ist, und die bis zur Geringschätzung des Eides getriebene Parteimoral — gelinde ausgedrückt — ihren Rückschlag auf die Sozialdemokratie selbst ausgeübt hat, daß der beklagenswerte Niedergang des Anstands- und Ehrgefühls bei ihr am allerstärksten vorhanden ist, und daß das bekannte herrliche Goethe-Wort auf diese Versammlung anwendbar gewesen wäre. Und diese Leute wollen der übrigen Welt, dem „Junkertum“, dem Bürgertum, dem Beamtentum, der Armee u. s. w., Moral predigen und sich

Digitized by Google

als Beispiel der Tugend, der Ehre und des Sittlichkeitsgefühls hinstellen! — Aber damit nicht genug, auch die Lächerlichkeit fand ihre Stätte. Diese Keiferei fanatisierter Weiber, diese Breittreterei von verwetteten Soupers und bei dem oder jenem genossenen Mittagessen, von Kneipereien mit irgend einem Nichtsozialisten, gab Zeugnis von dem Standpunkt der Diskussion.

Wir wollen hier nur kurz einzelne besonders bezeichnende Aeußerungen und die Momente anführen, die in diesem Tohuwabohu hervorgehoben werden können.

Da sind erstens die rein persönlichen Anschuldigungen. Sie erstreckten sich meist auf den Vorwurf von krassem Gesinnungswechsel und Gesinnungslosigkeit, der mit dem der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern verbunden war. Dabei kam es denn vor, daß man in der Heidenangst vor dem Diktator-Gericht den Herausgeber der Zukunft, mit dem man freundschaftlich verkehrt und dem man Mitarbeiterschaft geleistet, ja sogar sich um sie beworben hatte, in den Sitzungen preisgab, kein Wort der Verteidigung gegen Bebels wütende, entehrende Angriffe gegen ihn fand, aber noch während des Parteitages ihm beruhigende Telegramme zusandte. Es war kurzum ein hübsches Stück von Gesinnungslosigkeit und Korruption, das sich dort aufdeckte. Von Wert war dabei nur, zu erkennen, daß die Sozialdemokratie ihre Hände überall im Spiel hat, und daher kann man auch die Färbung der und jener Artikel in bürgerlichen Blättern erklären, die sich äußerlich noch nicht zur Sozialdemokratie bekennen.

Die allermeisten der Angeschuldigten versprachen dehmütig Besserung, indem sie der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern entsagten. —

Es gab dies auch ein Pröbchen von der reizenden Freiheit des Zukunftsstaates.*)

Die sogenannten Akademiker wurden dabei besonders hart mitgenommen. Hoffmann aus Hamburg sagte:

Während wir Arbeiter von der Pike auf dienen, wollen diese Herren gleich Führerrollen übernehmen.

---

*) Bebel hat in einer „Interpretation" des Beschlusses hierüber neuerdings ein Stückchen zurückgezuppt.

Kautsky will für die Akademiker eine Karrenzzeit einführen.

Einige andere charakteristische Aeußerungen seien angeführt oder angedeutet.

Klara Zetkin beschimpft den Redakteur der Zukunft, Harden, und ergeht sich sodann in nicht wiederzugebender Weise über die Person und Fähigkeiten des Kaisers und zeigt augenscheinlich, welche Wege der Frechheit diese Sorte Frauen einzuschlagen fähig ist; wie bei ihnen die von der Frau mit Recht geforderte Rücksicht der übrigen Welt gegenüber ganz verloren geht.

Sie spricht dann noch Weiteres von der „Zukunft“ als dem posthumen Organ des Obersauhirten Bismarck.

Der Gastwirt Zubeil, der den größten Wahlkreis des Deutschen Reiches vertritt, schließt seine Rede gegen die Akademiker: Es könnte passieren, daß diese jungen Akademiker Flugblätter schreiben, die ausführen, daß der Herrgott doch lebt und auch zum Wohl der Sozialdemokratie tätig sei. (!)

Der hart augegriffene Genosse Bernhard hat einen Artikel in der Zukunft geschrieben; er versichert reuig, er werde das nicht wieder tun. Liebknecht habe gesagt, Dummheiten seien dazu da, um gemacht zu werden. Weshalb sollte er nicht auch das Recht haben eine Dummheit zu machen?*) Er erwähnt dann, daß der von Dr. Braun gleich zu Anfang des Parteitages wegen Gesinnungslosigkeit angegriffene Dr. Mehring eine Geschichte der Sozialdemokratie mit der Tendenz gegen diese geschrieben habe, nach seiner Bekehrung zu dieser Partei aber eine solche, in der er einfach ganze Stellen der ersteren übernommen habe, nur unter Veränderung der Worte wie „unwahr“ in „wahr“ u. s. w.

Sodann trat nun Bebel auf und erklärte, er begreife sehr wohl das Gefühl des Ekels, das man bei dieser Eröffnung der Debatten empfinden müsse, vermehrte aber dies Gefühl um ein sehr Bedeutendes. Mit seiner Rede markiert sich das zweite Moment: der Kampf gegen die sogenannten Revisionisten, die Bebel vernichten, reinen Tisch machen, keine Vertuschungen

---

*) Geradezu für den Kladderadatsch.

Digitized by Google

dulden will; die Farbe der Partei soll ganz und gar die alte dunkelrote bleiben, die Klassenverhetzung soll ungeschwächt fortdauern, die Kluft zwischen den Ständen erweitert werden. Er bezeichnet es als einen Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und den anderen Parteien, „daß sie ihre schmutzige Wäsche öffentlich waschen und ihre Eiterbeulen öffentlich operieren." Also gibt es doch solche in der von Tugend und Moral triefenden Sozialdemokratie. Die nächste Aeußerung ist ganz besonders kennzeichnend. Er sagt von der Mitarbeit an der Zukunft:

„Das Blatt hat von Anfang an einen der Partei feindlichen Standpunkt eingenommen, er hat in unanständigster, gemeinster, niederträchtigster Weise die Partei beschimpft. Wenn es da Parteigenossen gibt, die es mit ihrer Ehre als Parteigenossen und als Männer und Frauen vereinbaren können, für dieses Blatt zu arbeiten, so ist es ein Zustand, der nicht weiter geduldet werden darf. Ich hätte noch vor wenigen Jahren es nicht für möglich gehalten, daß es in der Partei Elemente gibt, die moralisch so tief gesunken sind, daß sie an einem solchen Organe bis in die letzten Tage hinein noch mitarbeiten und mit Herrn Maximilian Witkowsky-Harden gewisse freundschaftliche Beziehungen unterhalten. (Lebhafter Beifall.) Dieser Maximilian Witkowsky-Harden ist mir noch nicht lange bekannt. Aber den Vater Witkowsky habe ich zu kennen die Ehre gehabt. Ich sage: die Ehre! Den Sohn zu kennen würde ich nicht als Ehre ansehen."

Dann aber verteidigte er Mehring, der ihm für die Partei sehr nützlich erscheint. Vieles sei ihm auch psychologisch rätselhaft an ihm. Er habe da und dort gegen die Sozialdemokratie geschrieben, dann aber sei er geschwenkt, sei ein reuiger Sünder, und nun habe er große Verdienste. Besonders habe er der Partei Hilfe in bitterer Zeit geleistet, während des Sozialistengesetzes. Was er (Bebel) damals gelitten, vergesse er nie, und „wenn er denen das tun könnte, was sie uns getan haben, so würde er es tun."

Sodann kommt eine Tirade auf seine persönliche Ehre, die ohne Rostfleck sei. Ja — hm — darin hat nun die Sozial-

Digitized by Google

demokratie, wie es scheint, ihre eigenen Begriffe. Man lese Seite 44 und 45 nach.

Der ehemalige Pastor Göhre verteidigte sich gegen Bebel, der ihn zusammen mit den anderen Mitarbeitern an bürgerlichen Blättern ebenfalls ehrenrührig angegriffen hatte. — Er hätte früher mit Hochachtung zu ihm aufgesehen? Bebel wies das höhnisch zurück. Schließlich warf ihm Göhre vor, er habe, „um einen Freund (Mehring) zu decken, dessen Ehre ramponiert sei, die Ehre eines Parteigenossen beschmutzt.“ Er rufe ihm ein „Pfui“ zu. —

Hierauf folgte dann eine Auseinandersetzung zwischen Bebel und Göhre, die mit einer Art Versöhnung schloß. Interessant ist auch die Aeußerung des Abgeordneten Pfannkuch, „daß die sozialdemokratische Partei- und Schriftstellerehre doch turmhoch über der der bürgerlichen Kreise stehen solle“, aber leider gebe die Tägliche Rundschau ihnen die Lehre, daß man nicht an einem Blatte mitarbeiten solle, das die persönlichen Ueberzeugungen der Parteifreunde angreift oder in den Schmutz zieht. Diese prätendierte Turmhöhe wirkt nach und während der gegenseitigen Anschuldigungen geradezu komisch. —

Nun noch Einiges aus Bebels größter Kanonade. „Ich bin allerdings für eine Aenderung der Taktik, aber in dem Sinne, daß wir energischer, rücksichtsloser, schärfer vorgehen müssen.“ Das heißt in Verbindung mit seinen Ansichten von der „ins Wanken gekommenen Armee“ die Revolution vorbereiten und womöglich ausführen.

Von dem Vorschlage Bernsteins, die Vizepräsidentenstelle anzunehmen und die Repräsentationspflichten zu erfüllen, sagt er, „etwas Dümmeres und Täppischeres könne es nicht geben.“ ... „In dem Moment muß sich doch jeder denken, was sich da oben vorbereitet.“

Sodann kamen Hinweise darauf, daß der „Mann, der die Macht repräsentiert,“ eines Tages von der Armee gegen die Sozialdemokratie Gebrauch machen würde. „Wer das nicht einsieht, soll aufhören, Politiker zu sein.“ — Hierin, hoffen wir, wird Bebel Recht behalten. Möchte nur der Gebrauch der

Macht rechtzeitig und energisch geschehen, denn es steht eben hier einfach Macht gegen Macht.

Dann kamen lange Angriffe auf Vollmar und dabei wurde die große Unvorsichtigkeit begangen, München als das Capua der Sozialdemokratie zu verhöhnen.

„In München wandelt Keiner ungestraft unter Bierkrügen.“ In einer kurzen Eingangsrede hatte er die Sachsen als Träger alter Civilisation bezeichnet und sie in Gegensatz zu den „Westkalmücken“ gestellt. Ja, diese Westkalmücken, aus denen ein Kant, ein Copernicus hervorgingen und die zuerst das Banner der Befreiung erhoben, als die Anderen noch längst den Fahnen des Eroberers folgten! Seine lange Rede im Reichstage von 1903 lobt er dann selbst über die Maßen — sie gingen unter der Blasphemie „Bebels Reden an die deutsche Nation“ gedruckt in die Oeffentlichkeit. Dann fuhr er fort:

> „Aber so lange ich rede, schreibe, lebe, atme, will ich nie anders sein, als ich gewesen bin; ich will der Todfeind dieser Staatsordnung sein, so lange ich lebe und existiere und seine Existenzbedingungen untergraben und, wenn ich es kann, diesen Staat beseitigen.“ (Dröhnender Beifall.)

Sodann werden die Revisionisten mit ihrer Bescheidenheit und ihrer Zufriedenheit mit den kleinsten Zugeständnissen verhöhnt. Marx hätte gesagt:

> „Wenn man keine Entwicklungsphase überspringen kann, so muß man sie abkürzen. Und das ist es: Darauf geht unsere Taktik hinaus: die bürgerliche Gesellschaftsordnung abkürzen, die sozialistische heraufführen! (Stürm. Beifall.) Wenn wir morgen Gelegenheit hätten, die Gegner zu verdrängen und uns auf ihren Platz zu setzen, glaubt Ihr, ich hätte Sorge, was zu tun sei? Ich sage Euch, keine 24 Stunden und die Gegner sollten verflucht wissen, was wir thun.“

Die Männer des Sumpfes, d. h. der sogenannten gemäßigten Mitte unter den Sozialdemokraten, bezeichnet er sodann als die schlimmsten Genossen. Robespierre sprach von den damaligen Gemäßigten immer als von den „Kröten des Sumpfes.“ Vielleicht hat das Bebel daher. Die Repräsentanten des Volkes sollten über sie richten.

Digitized by Google

„Repräsentation des Volkes!!

Diese 336 Genossen, die meist kritiklos heute dem und morgen dem Beifall klatschten! Die hier angeführten Stellen genügen.

Der Genosse von Vollmar hat sich, soweit wir sein Auftreten übersehen können, stets von Verleumdungen, Verdächtigungen und Roheiten fern gehalten. — Er führte in einer langen Rede aus, daß die Sozialdemokratie den gesellschaftlichen und parlamentarischen Verhältnissen schon Konzessionen gemacht habe und nicht daran zu Grunde gegangen sei. Sodann geißelt er mit großem Erfolg Bebels diktatorisches und durchaus egoistisches Auftreten, sowie die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung in der Partei. Er bezeichnet den Abgeordneten Kautsky, der bekanntlich ein Buch geschrieben hat, das den Umsturz der heutigen Gesellschaftsordnung mit größter revolutionärer Schärfe vertritt, als den Fanatiker der Theorie. „Die Einheitlichkeit der Partei heißt bei ihm die Alleinherrschaft seiner Ansicht."

Hier entstand ein wütender Lärm. Stadthagen und Zubeil schrieen dem Redner die größten Beleidigungen zu. Am Schluß seiner Rede fiel noch das gewichtige Wort, daß die vorgeschlagene Resolution sich gegen Dinge wende, die in der Partei gar nicht vorhanden seien. „Was ist denn Revisionismus? Das ist ein ganz vager Begriff."

Das ist gewiß insofern wahr, als die „Revisionisten" in der Partei zu gänzlicher Nullität verdammt sein werden, ähnlich wie die Altkatholiken in der katholischen Kirche, und zwar deshalb, weil sie kein festes Programm dem entschiedenen des Diktators und seines Stabes, der die Massen hinter sich hat, entgegensetzen können.

Aus den folgenden Verhandlungstagen ist noch eine Debatte über die künftige Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu erwähnen. Dem Genossen Stadthagen geht der Antrag einer Versammlung, in Berlin I, lange nicht weit genug. Dieser Antrag fordert in hoher Bescheidenheit nur: Abschaffung der Militärjustiz und des Militärstrafrechtes; Anerkennung des

Digitized by Google

Rechtes der Notwehr bei Mißhandlungen des Untergebenen durch den Vorgesetzten; einjährige Dienstzeit.

Da höre doch, ruft Stadthagen, Alles auf! Miliz, Volksheer sei die Forderung der Sozialdemokratie.

Bebel sprach dann an demselben Tage noch einmal und kennzeichnete in seiner Art die inneren und äußeren politischen Zustände als haltlos und schwankend.

„Das festeste Bollwerk des jetzigen Staates, die Armee, gerät ins Wanken. Unter den Offizieren herrscht volle Unzufriedenheit.“

Hierüber verweisen wir auf unsere Aeußerungen in Kapitel VII. Jedenfalls werden die Zustände in der Armee von Bebel ganz falsch verstanden und ausgelegt. Die aktiven Offiziere sollen ihre Meinung nicht äußern. Wir aber können sagen, daß ihnen nichts lieber wäre, als ein scharfes Vorgehen gegen die Sozialdemokratie.

Bebel sprach ferner von Blamage in der Weltpolitik. Abermals ein Verdächtigungswort ohne jeden realen Hintergrund. Wir selbst wünschten auch, daß wir weniger Freundlichkeiten gegen Leute hätten, die sie nur mit dem größten Phlegma aufnehmen, ja uns oft mit Undank lohnen und unser Benehmen nur für Schwäche halten. Von da bis zur Blamage ist aber noch ein weiter Schritt.

Die reservierte Haltung der Regierung während des Burenkrieges, die chinesische Politik verdienen volle Anerkennung, wie denn überhaupt keine unbegründete Einmischungssucht irgend welcher Art zu bemerken ist.

Bebel glaubt nicht mehr an Ausnahmegesetze, aber er meint, daß wir schweren Erschütterungen entgegengehen. — Er fordert die Regierung sogar mit den Worten frech heraus „wenn Ihr ein Tänzchen wagen wollt. Wir sind bereit.“

Große Worte, die vor der Tat wie Spreu vor dem Winde zerstieben würden. Man hat nie gehört, daß die Volksverhetzer, die Dauer- und Donnerredner sich auf die Barrikaden gestellt hätten. Die Robespierre, Marat, Danton blieben hübsch zu Hause, als Westermann die Tuilerien stürmte. So würde es auch jetzt sein. — Er schloß seine Rede mit den Worten, daß

Digitized by Google

die Revisionisten bei dem erneuten Ansturm mitmarschieren müßten. „Denn wer da nicht mit will, wer nicht pariert, der fliegt hinaus!" (Stürmischer Beifall.)

Nach einer persönlichen Zänkerei zwischen Stadthagen und Fischer, in der Liebenswürdigkeiten wie Lügner und Infamie eine Hauptrolle spielen, erklärte am nächsten Tage Bernstein, daß er (also wie Vollmar) eine Partei der Revisionisten nicht anerkenne, und die Revision nur in der Theorie liege. Er verteidigt seinen Vizepräsidentenartikel und meint, daß man sich nicht nach der Masse richten, sondern ihr Sachwalter sein solle. Auch verdammt er die Kolonialpolitik nicht in Bausch und Bogen. Er wird gegen die beantragte Resolution stimmen. Dies wird von dieser „Repräsentation des Volkes" mit Gelächter aufgenommen.

Molkenbuhr erwidert ihm mit der Liebeswürdigkeit, Bernstein scheine das Allerdümmste niedergeschrieben zu haben, was ihm einfallen konnte. — Ja, haben denn diese Leute gar keinen Respekt vor sich selbst?

Zum Schluß wurde nun eine langatmige Resolution angenommen, welche kurz zusammengefaßt besagte, daß die Fraktion Anspruch auf die Vizepräsidentenstelle erheben solle, aber jede höfische Verpflichtung ablehne; ferner daß die „revisionistischen Bestrebungen" scharf verurteilt würden; daß die Klassengegensätze sich stetig verschärften, die Partei im besten Sinne des Wortes revolutionär bleiben; daß aus ihr keine Reformpartei werden soll, und daß jede Anlehnung an die bürgerliche Gesellschaft zu verwerfen ist. Der Kampf gegen Militarismus, Marinismus, Kolonial- und Weltmachtpolitik, Unterdrückung und Ausbeutung müsse noch energischer geführt werden.

Diese Resolution wurde mit 288 Stimmen gegen 11 angenommen. Von den „Revisionisten" hatten nur 5, darunter Bernstein und eine Frau Dr. Daniel, den Mut, gegen dieselbe zn stimmen. —

Zuerst waren die Mauserungsideologen denn doch ein wenig betreten. Aber wie könnte denn ein braver Doktrinär jemals von seiner Doktrin lassen?

Digitized by Google

Für diese Herren steht es nun einmal fest: geistiger Kampf und Entgegenkommen sind unsere Mittel zur Bekämpfung und Gewinnung der Sozialdemokratie. Die Spaltung der Partei ist fertig, eine Sünde und Schande, eine unglaubliche Dummheit wäre es, durch Gewaltmaßregeln die Partei wieder einig zu machen. Ja, einige ganz besonders staatsweise Leute wollten sogar in dem Schluß des Parteitages „einen Sieg der Revisionisten" erblicken. Das ist einfach großartig! Ein weiteres bewunderndes Wort wäre überflüssig. — Ganz im Gegenteil! Der Parteitag, der für das Wohl der lohnarbeitenden Klassen in der Gegenwart **Nichts, rein Nichts Positives** leistete, hat abermals die revolutionäre Einheit dieser Partei befestigt und die ihr untertänigen Massen haben sich wiederum mit einem großen Wechsel, ausgestellt auf den Zukunftsstaat, begnügt und hinhalten lassen. Wie lange aber noch? Die durch Reden wie die von Bebel und Genossen bis zur Siedehitze gestiegene Aufregung der Massen wird einstmals kategorisch die Einlösung dieses Wechsels fordern. Der Lohnarbeiter wird auch seine Villa, seine Wettfrühstücke und seine Diners haben wollen; die Anzeichen sind schon deutlich bemerkbar.

Aber die greisenhafte Bequemlichkeit, der Fanatismus der Ruhe, des Friedens, die jetzt in Europa herrschen, wollen nicht gestört sein, wollen die handgreifliche Gefahr nicht sehen, wie einst die fremden Mächte die gelbe Gefahr 1900 in Peking.

Und wenn sich auch wirklich ein Fraktiönchen von der großen Partei absonderte, so bliebe die Sache doch ganz dieselbe. Es würde dieselbe miserable Rolle wie die Freisinnige Vereinigung oder die Nationalsozialen spielen.

Ungeachtet aller dieser klar darliegenden Tatsachen fahren die Mauserungsmänner fort, den roten Papanz oder das rote Gespenst als Hohngestalten vorzuführen. Das tat man in Frankreich auch bis — zur Kommune von 1871.

Abermals tröstet man sich mit den Phrasen: Es wird sich schon machen, wird sich schon ein Ausweg finden u. s. w. — Es wird sich nur ein Ausweg finden, wenn es so weiter geht, des Tänzleins nämlich, wie Genosse Bebel sagt. Aber nicht des Geschwätzes auf Parteitagen, in Versammlungen und Parlament,

Digitized by Google

sondern auf der Straße. Und daß es so weit kommt, daß das Blut das Pflaster rötet, daß „die Flinte schießt und der Säbel haut", das gerade wollen die „Scharfmacher" vermeiden. Denn wir glauben allerdings, daß jetzt noch eine energische Entfaltung der Machtmittel des Staates genügen wird, um ohne Blutvergießen die Maßregeln durchzusetzen, welche salus publica unbedingt erfordert. Denn setzen wir auch den Fall, daß wir von Schwäche zu Schwäche taumeln wie ein neunzigjähriger Greis, daß wir uns das Fell immer höher über die Ohren ziehen lassen, immer und immer wieder aus Konfliktsangst nachgeben — so würde doch endlich ein Tag kommen, wo wir in den „sozialdemokratischen Staat nicht mehr hineinwachsen" wollen — — dann aber würde das verhängnisvolle „Zu spät!" ertönen.

Ein hoher Würdenträger hat neulich ausgesprochen, daß der Parteitag die Sozialdemokratie demaskiert habe, und daß das Bürgertum nur aus sich selbst die Kraft finden werde, den Kampf mit der Sozialdemokratie erfolgreich aufzunehmen. Ob diese Zuversicht nach diesen Wahlen! Das deutsche Bürgertum wird nichts tun, was irgendwie von Belang gegen die Sozialdemokratie wäre. Das deutsche Bürgertum ist überhaupt eine ganz vage Begriffsbezeichnung. Soll man darunter die Menschen vom Geheimen Kommerzienrat bis zum Schnapsbudiker, oder soll man Alles, was nicht Lohnarbeiter ist, darunter verstehen; also Gutsbesitzer, Beamte, Gelehrte, Offiziere a. D., Kaufleute, Handwerker? Mag dem sein wie dem wolle. Kein Wort war einst unrichtiger, als das von Lasker: „Wenn die Sozialdemokraten sich rührten, würden sie die Bürger von Berlin mit Knüppeln totschlagen." Als die Chartisten 1848 das Königtum stürzen wollten, ließen sich 200 000 Londoner Bürger als Konstabler einschreiben und trieben die Demonstranten selbst zu Paaren. Das tun unsere „Bürger" nicht. Es fehlt den Deutschen nicht etwa an Mut, Gott bewahre! Das haben sie von Hermann bis zu Friedrich, Blücher und Moltke genugsam gezeigt. Aber an selbsttätigem politischen Sinn fehlt es uns. Denn uns sitzt der Loki, der uns immer und immer wieder unser Emporkommen verdirbt, in den Knochen. Früher

Digitized by Google

war's die Uneinigkeit der Fürsten, jetzt sind's die Parteien, die das Vaterland verderben. Jener hohe Würdenträger führte auch aus, daß die Regierung Mittel genug besäße, um revolutionäre Bewegungen niederzuschlagen. Sehr schön! Es fragt sich nur, ob beim Eintritt großer Krisen jene Mittel nicht da und dort versagen könnten.

Trotz der erwiesenen Indolenz des Bürgertums, der gebildeten Stände und trotz der Mauserungsideologen muß man dennoch nicht müde werden, den Deutschen zuzurufen: Habt Ihr denn nicht das wahre Gesicht der Sozialdemokratie jetzt endlich gesehen und in seiner Häßlichkeit erkannt? Steigt Euch nicht die Schamröte ins Angesicht ob dieser infamen Behandlung, die sich Deutsche gegen Deutsche auf dem Dresdner Tage erzeigten und gefallen ließen, dieser großartigen Blamage vor ganz Europa? — —

Habt Ihr Arbeiter denn nicht gesehen, daß unter Euren Führern und Abgeordneten ganz dieselben Leidenschaften auftreten — nur in weit widerwärtigerer Form — als in der bürgerlichen Gesellschaft? Habt Ihr nicht Korruption aller Art zu Tage treten sehen, und könnt Ihr dennoch glauben, daß Euch der Zukunftsstaat, in den Euch diese Leute hineinführen wollen, glücklicher machen wird?

Wird er nicht dasselbe Bild zeigen?

Als Folge des Parteitages entwickelte sich dann noch ein wütender Federkrieg unter den Genossen selbst, der unter dem Titel „Erklärungen" hauptsächlich im Vorwärts geführt wurde. Er war ebenso widerwärtig als langweilig und geschmacklos. Eine „Erklärung" machte immer die andere tot. Die einzige gewichtige und allgemein als treffend anerkannte Preßäußerung dieser Art war die Hardens in der Zukunft, betitelt „Bebel und Genossen".

Er hat die Falschheit seiner angeblichen Intimen entlarvt, vor Allem aber die beschimpfenden Aeußerungen Bebels mit vollem Erfolg zurückgewiesen, und zwar so, daß Bebel in einer Volksversammlung in Berlin erklärte, „er werde sein Urteil gegen Harden wohl revidieren müssen." Also Bebel als „Revisionist!" Wie nennt man aber einen Mann, der leichtfertig oder absicht-

Digitized by Google

lich gemeine Beschimpfungen öffentlich auf einen Abwesenden häuft und nachdem er eben nicht anders kann, sie „revidieren" will? Und was hält man von einer Partei, die einen solchen Mann an ihrer Spitze duldet? Und mit einer solchen Partei wollten sich nun Männer, die sich liberal nennen, bei den Landtagswahlen verbünden! Und diese Partei halten gutmütige Ideologen noch immer für einen Kulturfaktor?

Es wird in dieser Partei beim Alten bleiben, und die löblich Unterworfenen und diejenigen, die man nicht zu beseitigen wagt, werden mit den Bebelschen zusammen schlagen.

* * *

Der Arbeiterkongreß in Frankfurt a. M.

Die einzige Erscheinung, die man als ein Gewicht gegen die Sozialdemokratie betrachten kann, ist der in Frankfurt am Main abgehaltene Kongreß, der katholischen, evangelischen und anderer Arbeitervereine. Er zeigte, im Gegensatz zu den wüsten Schimpfereien in Dresden, einen anständigen Verlauf und stellte sich auf einen nationalen und monarchischen Boden. Aber einige der von ihm aufgestellten Forderungen gehen so weit, daß sie sich mit mehreren vorläufigen der Sozialdemokratie decken.

Um Eins herauszugreifen — da sind z. B. die in Bezug auf den dienenden Stand erhobenen Forderungen. Wir erachten diese Materie als besonders wichtig, denn sie greift tief in das häusliche und Familienleben ein. Eine gleiche sozialpolitische Behandlung der Dienstboten mit den Fabrik- oder sonstigen Lohnarbeiten ist ganz unmöglich, denn die Lebensbedingungen beider sind eben ganz verschieden. U. a. ist die verlangte Abschaffung der Gesindebücher absolut undurchführbar, denn Niemand wird sich eine Person ins Haus nehmen, ihr Sicherheit und Leben anvertrauen, von der man absolut gar nichts weiß.

Diese Vertretung von 500 000 Arbeitern, wie man sie genannt hat, schwebt in der Luft, denn sie hat keine allgemeine und feste Organisation, sondern ist in verschiedene Vereine gespalten, so daß eine wirksame Aktion gegen die feste Verfassung der Sozialdemokratie nicht zu erhoffen ist. Zudem

Digitized by Google

wollen die Vereine nicht als „Sturmbock gegen die Sozialdemokratie“ gebraucht sein.

Bewilligt man aber zu weitgehende Forderungen, so macht man indirekte Konzessionen an die Sozialdemokratie, und was solche besagen, lehrt die Geschichte der Revolutionen. Das Erste und jetzt Nötigste ist aber die Niederringung der Sozialdemokratie. Periculum in mora. Dann kann man weiter arbeiten.

Die preußischen Landtagswahlen.

Es war das erste Mal, daß die Sozialdemokratie die Parole ausgab, in diesen Wahlkampf ebenfalls einzutreten. Eine lebhafte Agitation wurde entfaltet, und Bebel hatte schon in Dresden gedroht, wenn die Liberalen nicht da und dort der Sozialdemokratie Handlangerverdienste leisteten, mit ihnen „Fraktur zu reden“. Man verlangte die Abtretung einiger Mandate, dann wolle man Unterstützung leisten. — Der Wahlaufruf der Sozialdemokraten, der auch von Bebel unterzeichnet war, zeigte nun ohngefähr eine Färbung, die man bei den sogenannten Revisionisten auf das bitterste bekämpft hatte. Aber auch bei den Reichstagswahlen hatte der Aufruf der Sozialdemokratie keineswegs das blutrote, sondern nur ein rosa Banner entfaltet, um die nötige Gimpelschar einzufangen. Richter hat dies Verfahren dahin gekennzeichnet, daß man vor den Wahlen einen Vorhang herunterläßt und nach denselben wieder aufzieht.

Ihren wahren Charakter verriet die Sozialdemokratie aber wieder durch die Sprengung einer liberalen Wählerversammlung in Königsberg, durch mehrfache Versuche die Wahlen in die Länge zu ziehen, in roher, gemeiner Weise begangener Ungesetzlichkeiten — wie in Berlin, im Kreise Teltow-Beeskow und in der Kirche zu Bernau — sowie durch einen vor den Urwahlen abermals ausgeübten Terrorismus ohne Gleichen durch Drohung von Boykotts, Verdienstentziehung und Strikes. Die bürgerlichen Parteien zeigten im allgemeinen die alte Zersplitterung. Die liberalen Wahlaufrufe wandten sich mehr gegen das Zentrum als gegen die Sozialdemokratie. Die Gefahr eines immer stärker werdenden Einflusses des Zentrums darf gewiß nicht verkannt werden, aber die Stimmung der

Digitized by Google

konservativen Partei ist in Wahrheit durchaus nicht derart, um dem Zentrum im Landtage in jeder Beziehung gefällig zu sein. Das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie wurde von dem Gros der Liberalen mit Ausnahme der Käuze um Barth abgewiesen, trotz des Geschreis einiger verrannter Ideologen, die nach einer Vertretung des „vierten Standes“ im Landtage dürsteten. Dies Verlangen streitet ganz gegen das sonst so hoch gehaltene konstitutionelle Schema. Die Abgeordneten sind nicht Vertreter von Ständen, sondern des ganzen Volkes. Der gebildete liberale oder konservative Abgeordnete vertritt den Arbeiter in Wahrheit besser als Singer und Genossen.

So kehrt der Landtag so ziemlich in alter Zusammensetzung wieder und hat sich von den „Genossen“ rein gehalten. Und das ist hocherfreulich, denn jeder Schritt vorwärts, den diese Partei machen könnte, ist vom Uebel.

Immerhin vereinigte die Sozialdemokratie in einigen Bezirken eine nicht unbedeutende Anzahl Stimmen auf sich.

Soll und kann man nun aber in dem Scheitern des sozialdemokratischen Angriffes eine große, sich selbst errettende Tat des Bürgertums sehen? Mit nichten!

Natürlich sind die Mauserungsleute schon wieder dabei, eine solche Auffassung zu verbreiten.

Bei einiger Tätigkeit der bürgerlichen Parteien wird das Ergebnis beim Bestehen des preußischen Wahlgesetzes gegen die Socialdemokratie immer ein ähnliches sein.

Die Wahl des Roten in Mittweida in Sachsen, wo der Pastor Göhre sein Reichstagsmandat niedergelegt hatte, beweist, daß die Vorgänge in Dresden u. s. w. eine aufrüttelnde Wirkung auf das Bürgertum keineswegs gehabt hatten.

Von einer Reform des preußischen Wahlgesetzes aber — — das seine sehr bekannten Mängel hat — kann nicht eher die Rede sein, bis der sozialdemokratische Staat im Staat zerstört sein wird. Mag das Bollwerk aussehen, wie es wolle, es ist gut, daß wir es überhaupt noch haben.

Digitized by Google

IX.

Was kann geschehen?

Fürst Bismarck hat uns 1866 in einer der gefährlichsten Krisen das allgemeine Wahlrecht gegeben. Er mußte eine politische, volkstümliche Fahne haben. Er wollte aber öffentliche Abstimmung und gab in einer Zeit des Ueberganges und der Versöhnung dem Verlangen nach geheimer Wahl nach. Er hat schon damals erklärt, daß, wenn sich das allgemeine Stimmrecht nicht bewähren sollte, es abgeschafft oder modifiziert werden müsse. — Wenn eine Partei jetzt mit 81 Mitgliedern im Reichstage sitzt, die sich nur dann auf die Reichsverfassung beruft, wenn es ihr gerade taktisch paßt; eine Partei, die sich offen für eine republikanische und als eine Feindin des jetzigen Staates und der jetzigen Gesellschaftsordnung erklärt, so kann u. E. von einer Bewährung dieses Stimmrechtes keine Rede sein. Es ist zuzugestehen, daß es schwer ist, ein seit 36 Jahren im ganzen Deutschen Reich (bezw. Norddeutschen Bunde) bestehendes Recht einzuschränken, eine solche Aenderung aber als etwas Ungeheuerliches auszugeben, ist ganz widersinnig. Die Geschichte zeigt uns, daß ganz andere Gesetzes- und Verfassungsänderungen vorgenommen worden sind, und daß, wo diese, entgegen einer politischen Notwendigkeit, unterlassen wurden, Staaten darüber zu Grunde gingen, wie z. B. durch die Nichtabschaffung des liberum Veto die „königliche Republik" Polen. Das allgemeine gleiche und geheime Stimmrecht ist an und für sich ein Widersinn. Denn wer wird mit gutem Gewissen die Frage bejahen wollen, daß die Stimme eines durchaus gebildeten Mannes ebenso ins Gewicht fallen soll und kann wie die des Tagelöhners, dem das Schicksal es verweigert hat, sich eine solche Bildung anzueignen? —

Wir haben in der Schrift „Vollkampf nicht Scheinkampf" S. 57 u. folg. uns über das allgemeine Wahlrecht und über eine notwendige Abänderung ausgesprochen. Und zwar waren wir für öffentliche Wahl, Abschaffung der Stichwahlen mit ihrer Fälschung der öffentlichen Meinung und ihrer unmoralischen

Digitized by Google

Wahltaktik. Auch schlugen wir ein Oberhaus vor. Letzteres hat das Beispiel aller konstitutionellen und republikanischen Staaten für sich, fügt aber, wie Bismarck einst treffend sagte, in den schon komplizierten Reichsmechanismus noch ein anderes Organ ein. Der Vorschläge sind auch jetzt sehr viele. Man könnte erwägen, ob das aktive nnd geheime Wahlrecht nicht mit dem dreißigsten Jahre beginnen sollte, wodurch allerdings nicht nur fünf Jahrgängen der lohnarbeitenden, sondern auch der höheren Volksklassen das Wahlrecht entzogen werden würde; ferner die Vereinigung einer gewissen Anzahl Stimmen für den einen bestimmten Grad von Bildung nachweisenden Wähler. Unbedingt aber sprechen wir uns für Einführung der Wahlpflicht aus.

Eine Aenderung des Wahlgesetzes aber stellt die erschütterte Autorität des Staates, wie sie sich in den Gemütern der Massen vollzogen hat und täglich auch äußerlich immer stärker markiert, nicht her.

Das Wort Ausnahmegesetz ist jetzt verpönt; nur Wenige haben den Mut, es öffentlich auszusprechen, aber Millionen denken ebenso und sehen ein, daß wir der angedrohten Revolution die Machtmittel des Staates schon jetzt entgegensetzen müssen. Und man sollte doch nicht so leichtfertig über ein Gesetz urteilen, das unser größter Staatsmann für notwendig hielt und das nur durch Schwäche und eine damals gerade eingetretene Krise aufgegeben wurde. Es ist nicht wahr, daß das Sozialistengesetz die Macht der sozialdemokratischen Partei absolut gestärkt hätte; 1878 ging die Zahl der sozialistischen Reichstagsabgeordneten von 12 auf 9, 1887 von 24 auf 12 zurück. Dies geschah allerdings unter der Macht des in diesen Jahren besonders wirkenden monarchischen und nationalen Gedankens. (1878 Attentate, 1887 große Militärvorlage. Boulanger in Frankreich.) Die Zahl der Stimmen aber verminderte sich 1878 um 60 000, 1881 sogar um 120 000. Freilich stieg die Zahl der abgegebenen sozialistischen Stimmen dann wieder allmählich, aber dies wird bei jeder jungen, mit neuen Ideen auftretenden Partei stattfinden, mögen sie nun wahr oder falsch sein. In welchem Tempo stieg sie aber nach Aufhebung des Gesetzes! Vor Allem aber gewann die revolutionäre Gewalt

Digitized by Google

über die Massen mehr Boden, was unter dem Sozialistengesetz nicht der Fall gewesen war. Was ist denn ein Ausnahmegesetz? Ein Gesetz wie jedes andere. Was ist das Gesetz über den Belagerungszustand anders als ein Ausnahmegesetz? Ist denn der 300 Millionenfond gegen die Polen kein Ausnahmegesetz? Haben die Engländer niemals Ausnahmegesetze erlassen, insbesondere gegen die Irländer? —

Glaubt man etwa, daß die Sozialdemokratie, wenn sie am Ruder wäre, keine Ausnahmegesetze erlassen würde? Aber massenhaft!

Da kommt man denn wieder mit dem alten Argument: Ideen lassen sich nicht durch Bajonette unterdrücken. Nein, und Niemand würde etwas dagegen haben, wenn die Sozialisten ihre Ideen vom Zukunftsstaat, der die größte Tyrannei der Welt sein würde, auf dem Lehrstuhl und der Tribüne entwickelten. Aber eine staatliche Organisation im Staate bilden, die Klassen verhetzen, die Armee unterwühlen, sich auf Seite der Feinde des Reiches stellen, die Arbeitswilligen unterdrücken, die Autorität des Staates untergraben, die Streiks als revolutionäre Machtmittel mißbrauchen — dem kann und muß man ein Ende machen.

Was uns in allererster Linie nötig erscheint, ist ausreichender Schutz der Arbeitswilligen. Dies ist sogar mit den heutigen Gesetzen zu erreichen, die nur durch das Verbot der Streikposten zu ergänzen wären.

Sodann kurz und bündig: Wir brauchen ein Gesetz gegen die revolutionäre Sozialdemokratie, und ich bin überzeugt, daß es kommen muß und wird — möge es nicht zu spät sein. Es gilt die Autorität des Staates herzustellen.

Millionen würden die Augen aufgehen, Millionen kleiner Gewerbtreibender und Handwerker würden, vom Terrorismus befreit, aufatmen. — Die Doktrinärs und Mauserungsmänner werden jammern; Verbissenheit und Groll würden auch ihre Rolle spielen. Die Möglichkeit einzelner Ausbrüche, Verschwörungen, ist nicht abzuleugnen. Aber sie ist unwahrscheinlich. Unsere Attentate, mit Ausnahme der Verschwörung von Reinsdorf, fallen nicht in die Zeit des Sozialistengesetzes.

Digitized by Google

Wie das Gesetz beschaffen sein könnte, will ich hier nicht erörtern, unter allen Umständen müßte das Leitmotiv sein: Zerstörung der sozialdemokratischen Organisation; Verhinderung weiterer Verhetzung; Bestrafung der Anstifter von Streiks ohne Innehaltung der kontraktlichen Zeit.

Der Moment für den entscheidenden Kampf wird sich finden. Und der Weg? Wo ein Wille ist, ist ein Weg! Daß man zuerst versuchen müßte, das neue Wahlgesetz, selbst um den Preis wiederholter Auflösungen des Reichstages, durchzusetzen, ist ein Weg. Aber man muß sich bewußt sein, daß es dann kein Zurückweichen mehr giebt. Dann kann es nur heißen: Nicht reden, sondern handeln!

Erst wenn die revolutionäre Autorität zerstört, der patriotische Bürger von ihrem Druck befreit ist, erst dann kann man an die Lösung weiterer sozialer Aufgaben gehen, an denen jeder verständige Staatsbürger gern mitarbeiten wird — sofern es sich nicht um die alleinige Bevorzugung und endgiltige Herrschaft des „vierten Standes" handelt. Einer solchen Herrschaft aber wollen wir uns nicht unterwerfen.

Ein Ausblick.

Eugen Richter, unser alter Gegner, der sich aber in den letzten Kämpfen als ein Mann von Konsequenz und Charakter zeigte, hat vor Jahren in seinem Buche: „Sozialdemokratische Zukunftsbilder, frei nach Bebel" ein Bild gezeichnet, wie die Herstellung des Zukunftsstaates sich gestalten, und welcher allgemeine Zusammenbruch damit verbunden sein würde.

Wir wollen auf dem von ihm betretenen Wege, die wirtschaftlichen Ursachen des Schiffbruches des sozialistischen Versuches darzulegen, nicht folgen, sondern nur mit drei Strichen skizzieren, was uns die Geschichte seit Tausenden von Jahren schon oftmals vorgeführt hat und was sich stets wiederholen wird, wenn eine mit verwerflichen Mitteln arbeitende Demagogie die Bewegung herbeiführt.

* * *

Digitized by Google

Nach dem 19. . . erstrittenen Siege der roten Fahne folgten einige Woche wahnsinnigen Freudentaumels, begleitet von Verfolgungen und Mißhandlungen aller Art der unterliegenden Parteien und Stände. Inzwischen erließ die neue Regierung ihre Dekrete, die den Jahrtausende alten Kulturbau, die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft umzuwälzen, bestimmt waren. Sie fand indes, daß sich der Ausführung des verbesserten Kommunismus, Kollektivismus und Verstaatlichung genannt, tausend Schwierigkeiten entgegenstellten, traf auch da und dort auf tätlichen Widerstand, der blutig von den revolutionären Scharen unterdrückt wurde, die sich die neue Regierung, unter Aufrechthaltung der früher so hart verfolgten Disziplin, sofort gebildet hatte. — Die Revolution hatte natürlich eine allgemeine Stockung des Handels und Verkehrs, sowie das Verschwinden des Kapitals hervorgerufen, — denn die Beseitigung der Geldwirtschaft ging denn doch nicht so schnell von statten, wie man sich gedacht hatte — aber die Dekrete der Regierung vermochten diese Uebel weder zu heben, noch waren sie imstande, die Grundlage zu der neuen, glückverheißenden Gesellschaft zu legen. Da ein sehr übler Notstand schon nach einigen Wochen eintrat, so wurde versucht, durch provisorische Maßregeln einstweilen Abhilfe zu schaffen.

Dies gelang jedoch nicht, vielmehr wuchs der Notstand, ebenso wie 1848 in Paris trotz der damals eingerichteten Nationalwerkstätten. Die Aenderung der Eigentumsverhältnisse erzeugte gerade bei den Angehörigen der niederen Volksklassen, die durch gute Wirtschaft etwas zurückgelegt hatten, große Unzufriedenheit. In den intelligenteren Köpfen begann bereits die Erkenntnis zu dämmern, daß die Dinge sich doch ganz anders gestalteten, wie es ihnen in den Versammlungen vorgeredet worden war. Auch regte sich wieder das nationale Gefühl, als auf Frankreichs Drohung hin wegen einer Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen über etwaige Rückgabe dieser Provinzen verhandelt wurde. Die französische Republick konzentrierte starke Truppenmassen an der Grenze, unsere Heeresmaschine war durch Absetzung einer großen Anzahl von Offizieren in Unordnung gekommen. Die Disziplin, und damit die

Digitized by Google

Leistungsfähigkeit der Armee, war verschwunden, die Kaders durch die sofort nach der Revolution verfügte Entlassung eines Jahrganges auf ein Minimum reduziert. — Unter diesen Umständen hatte eine äußerste Partei unter den Sozialisten und die Anarchisten leichtes Spiel. Sie versprachen es besser zu verstehen als die zur Macht Gelangten. Und noch einmal glaubte ein guter Teil der betörten Massen ihren Worten. Die neue Regierung wurde gestürzt, die Diktatur des Proletariats in schärfster Form trat ein, und die allerneuste versuchte durch noch schärfere Verfolgung der alten Parteien und höheren Stände und durch direkte Zuteilung des durch Zwang erpreßten Privat- und des Staatseigentums an die Volksmassen sich zu halten, während sie Dekret auf Dekret erließ, welche die Verwaltungsmaschine aber gänzlich in Unordnung und zum Stillstand brachten. Wenn auch der Mob der Hauptstädte vorläufig befriedigt wurde, so konnte dies doch nur auf kurze Zeit geschehen. Dann trat eine vollständige Anarchie ein. In einzelnen Gegenden hatte sich schon der Bauer der Verstaatlichung seines Besitzes mit der Waffe widersetzt. Jetzt nun, aber erst jetzt, fand das Bürgertum die Kraft zu einer Reaktion. Die Trümmer des so bitter angefeindeten Junkertums übernahmen die Führung und mit Hilfe einiger Truppenteile, in denen die alten Ueberlieferungen nicht erstorben waren, fand eine blutige Kontrerevolution statt. Auf den roten folgte ein weißer Schrecken. — Wenn man sich nun noch vor Augen stellt, daß diese furchtbare innere Umwälzung von einer oder mehreren auswärtigen Mächten sofort benutzt wurde, so kann man sich denken, in welchem Zustande Deutschland nach diesen Erschütterungen sich befand.

Blut und Tränen, eine zerstörte Verwaltung, zertrümmerte Eigentumsverhältnisse, die Grundlagen des Staates und der Gesellschaft zerschlagen, die Moral des Volkes gesunken, das Land unfähig, dem äußeren Feinde zu widerstehen; — was im 17. Jahrhundert ein dreißigjährigen Krieg herbeigeführt, das hatte die Sozialdemokratie in nicht anderthalb Jahren zu Wege gebracht. Deutschland verarmt, entehrt, seine Kulturentwickelung gehemmt, sein Handel zerstört, sein Gebiet ver-

Digitized by Google

kleinert, die Kolonien aufgegeben, vielleicht auf immer zur Machtlosigkeit verdammt — seine Wiederauferstehung unter dem Großen Kaiser und Bismarck eine vorübergehende Blüte — dies Bild zeigt sich uns nach einer Revolution, der man aus Schwäche nicht zur richtigen Zeit in den Arm gefallen war.

Schluß.

Auf dem Parteitage in Dresden hat man unversöhnlichen Haß gepredigt. Dieser Haß kann nur durch Haß besiegt werden Ein gesunder Haß ist uns nötig. Nicht Haß den verblendeten Volksmassen, deren Delegierte in Dresden urteilslos bald diesem, bald jenem Redner Beifall zujauchzten, aber unauslöschlicher Haß den Demagogen, die unsere Geschichte fälschen, die unsere großen Männer im Grabe beschimpfen, die Wut und Erbitterung gegen ihre Stammesbrüder säen, die stets für den Reichsfeind Partei nehmen, unser Heer als eine verprügelte Bande hinstellen; die mit Verleumdungen und Lüge arbeiten und uns zum Gespött von Europa machen — diesen Haß und Kampf! —

Agere non loqui!

Nachtrag.

Die Thronrede vermied in ihrem Passus über sozialpolitische Gesetzgebung jedes Kampfeswort gegen die revolutionäre Sozialdemokratie. Sollte hinter diesem Schweigen die Absicht verborgen sein, bei passender Gelegenheit zur Tat zu schreiten? Mag dem nun sein wie ihm wolle, so hat es doch sein Bedenkliches, auf jede Kampfstellung in jetziger Lage zu verzichten und nur von den sozialpolitischen Reformen zu reden.

Dagegen waren die Reden in den Etatdebatten, in welcher der Reichskanzler den Abgeordneten Bebel besonders in der äußeren

Digitized by Google

Politik ad absurdum führte, und auch sonst der Sozialdemokratie mit Benutzung aller Vorgänge, vor Allem Dresden, treffend entgegentrat, nicht nur oratorische Leistungen ersten Ranges, sondern auch ein gutes, wackeres Kampfwort, vom Standpunkt der Regierungspolitik aus betrachtet. Man will in Sozialreformen fortschreiten, aber Staat und Gesellschaft verteidigen. Die Zukunft wird lehren, zu welchen Mitteln man schließlich doch wird greifen müssen, und ob man mitten im Kampfe Konzessionen machen kann. Der Kriegsminister vertrat die Armee in gewandter und würdiger Weise, trat mit Entschiedenheit für Abhilfe etwaiger Schäden ein, kennzeichnete aber die sozialdemokratischen Angriffe richtig, und das Uebergewicht des erfahrenen Militärs und verurteilslosen Mannes über die oberflächlichen Anschauungen der Demokratie in Heeressachen zeigte sich auf das augenscheinlichste.

Es entspricht nicht dem vorgesetzten Umfang und der Tendenz dieser Schrift, auf die Etatdebatten weiter einzugehen, nur wollen wir noch erwähnen, daß die Behauptung Bebels, die tätliche Widersetzlichkeit eines durch fortgesetzte Quälereien gereizten Untergebenen würde mit 6—7 Jahr Zuchthaus bestraft werden, eine der gewöhnlichen sozialdemokratischen Entstellungen ist. Die Strafe kann sogar in solchem Falle nach § 98 M.-St.-G.-B. auf 6 Monate Gefängnis ermäßigt werden.

Trotz einer dreistündigen zweiten Rede vermochte der Diktator die zuerst erlittene Niederlage nicht wett zu machen. Daß er den Dresdner Parteitag für den Jungbrunnen der Partei bezeichnete, war in seinem Sinne ganz richtig. Es bedeutet nämlich: der Boden der Revolution wird nicht verlassen.

Druck von J. S. Preuß, Berlin S.W. Kommandantenstr. 14.

Digitized by Google

Hermann Walther Verlagsbuchhandlung G. m. b. H.
Berlin S.W., Kommandantenstr. 14.

1870—71

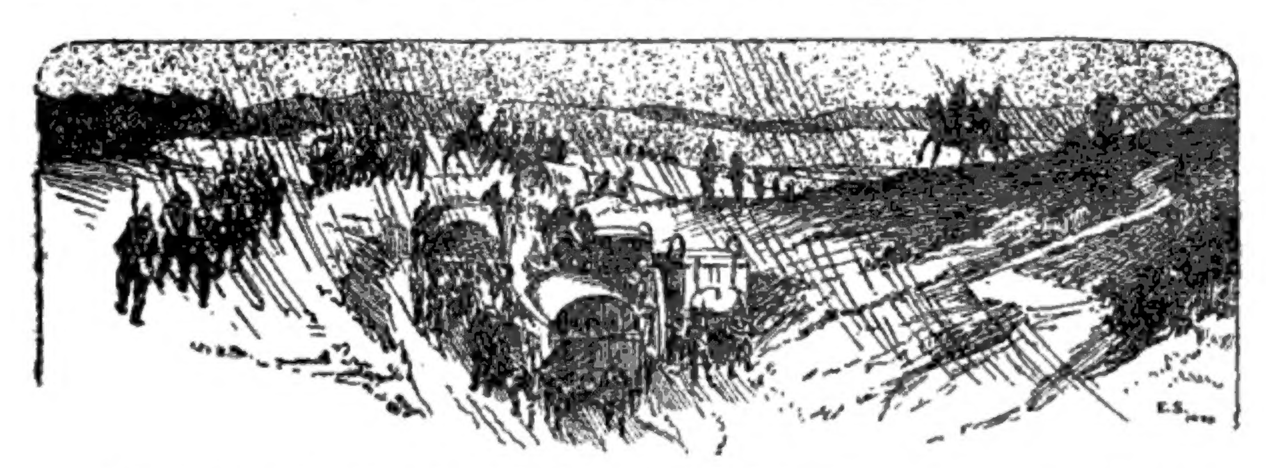
Kriegstagebuch des Füsilier Fischer

vom Regiment 36.

257 Seiten 8⁰. Mit vielen Illustrationen und einem zweifarbigen Titelbild

Preis: eleg. cartonniert M. 2.50.

Das von Anfang bis Ende spannend geschriebene Tagebuch eines einfachen Füsiliers, der seine mannigfaltigen und interessanten Erlebnisse in prickelnder, oft drastischer Weise zu erzählen weiss! Enthält die Kriegslitteratur bisher grösstenteils die Darstellungen aus der Feder von Offizieren, so giebt hier eine zweifellos starke Individualität unter den Mannschaften ein lebhaftes Bild der Ereignisse des grossen Krieges.



Ein **hoher Offizier**, der im Kriege das eiserne Kreuz erster und zweiter Klasse erworben hat und dem man wohl ein kompetentes Urteil über derartige Schriften zutrauen kann, hat das Manuskript des Buches gelesen und schreibt der Verlagshandlung darüber wie folgt:

„Ich habe das Manuskript mit hervorragendem Interesse gelesen, das erste Mal sogar in einem Ruck, was bei mir sehr viel bedeuten will. Als ich am Ende angelangt war, konnte ich nicht umhin, meiner Umgebung das lebhafte Bedauern darüber auszusprechen, dass der prächtige Erzähler schon verstumme; ich hätte ihm noch lange, lange zuhören mögen.

Es ist zweifellos eine starke Individualität, die über ihre mannigfaltigen und hochinteressanten Erlebnisse berichtet. Auch da, wo sein leidenschaftliches Temperament den Verfasser dazu verleitet, sich offenherzig über Massnahmen der Führung, über sonstige in grossen Verbänden unvermeidliche Mängel und auch über ihm nicht sympathische Vorgesetzte zu äussern, bleibt die Schreibweise trotz aller Lebhaftigkeit des Stils stets taktvoll und eines militärisch denkenden Mannes würdig. Aus jeder Zeile des Buches weht ein echt preussischer Soldatengeist!“

Digitized by Google

Hermann Walther Verlagsbuchhandlung G. m. b. H.
Berlin SW., Kommandantenstr. 14.

Schriften des Korbmachers Ernst Fischer in Berlin.

Der Wert der Sozialdemokratie für die Arbeiterschaft.

Erlebnisse eines in der Partei thätig gewesenen Genossen.

32 Seiten. 20 Pf.

INHALTS-VERZEICHNIS:

Wie ich Sozialdemokrat wurde. Meine Bekanntschaft mit dem Reichstagsabgeordneten Stadthagen. Die Führer der Sozialdemokratie. Verlangte und gebrachte Opfer. Immer nur vorwärts, um das Ziel zu erreichen. Das Opfer Jungnickel. Weshalb die Führer der Sozialdemokratie von den Genossen Opfer verlangen. Zustände im sozialdemokratischen Lager. Wie es bei Streiks zugeht.

Im Kampf mit den Führern der Sozialdemokratie.

Ein offenes Wort.

32 Seiten. 20 Pf.

INHALT:

Zur Abwehr — Bebel's Genossen — Wie meine erste Broschüre entstanden ist — Der Despotismus der Sozialdemokratie — Der „Vorwärts" und seine Helfer — Agitatoren und Arbeiter — Aufklärung — Die Wirkung des Sozialistengesetzes — Sozialdemokratische Versammlungen — Was not thut — Gedanken eines Sozialisten über den sozialistischen Staat — Schlusswort.

Hoch die Führer der Sozialdemokratie.

32 Seiten. **Zur Aufklärung für das Volk.** 20 Pf.

Bei Abnahme grösserer Partieen treten bei allen drei Broschüren besondere Preise in Kraft.

Josef Köster in Hörde, ehem. Mitglied des Berg- und Hüttenarbeiterverbandes,

Streik und Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Kritische Betrachtungen des Treibens innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschaften und seine gesetzliche Abwehr.

40 Seiten 8⁰. 20 Pf.

Bei grösseren Bezügen werden besondere Vorzugspreise gewährt.

Druck von J. S. PREUSS, Berlin SW., Kommandantenstr. 14.

Digitized by Google

Digitized by Google